

Überbecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 220.

Donnerstag, den 19. September 1918.

25. Jahrg.

Eine neue Milliarde für die Landwirtschaft.

In der Preisgestaltung unserer Nahrungsmittel soll die Schraube ohne Ende schon wieder einmal tüchtig angezogen werden. Nachdem erst kürzlich der Brotpreis ein neues Stück hinaufgeschraubt wurde, soll das Spiel nun wieder bei der Milch und den Milchprodukten beginnen. In der Reichsstelle für Speisezettel hat unlängst eine aus allen Teilen des Reiches bestellte Konferenz die Milchpreiserhöhung als dringend notwendig bezeichnet, wenn die Milchbelieferung der Städte nicht gänzlich in Frage gestellt werden solle. Und zwar gebietet man gleich recht dorthin ins Geschirr zu gehen; unter einer Erhöhung des Erzeugerhöchstpreises um ein Drittel, also durchschnittlich um 10 Pfg. für das Liter Vollmilch, will man es unter keinen Umständen tun! Natürlich könnte diese Preiserhöhung nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Preise für die aus der Milch gewonnenen Nahrungsmittel, besonders auf die Butter, aber schließlich auch auf Magermilch, Quark und Käse. Als Grundlage für die Preisberechnung dieser Erzeugnisse soll der neue Literpreis für Vollmilch dienen.

Was würde eine Milchpreiserhöhung in dem geplanten Umfange bedeuten? Bei dem gegenwärtigen Milchviehbestande von rund 8 Millionen Stück und bei einer Milchherzeugung von 3/4 Litern täglich auf die Kuh — ein Ertrag, der auch bei ungünstigen Futterverhältnissen nicht zu hoch gegriffen ist — ergibt sich für Deutschland eine Gesamtproduktion von 10 080 Millionen Litern Milch jährlich. Die beabsichtigte Erhöhung des Erzeugerpreises um 10 Pfg. für das Liter würde demnach das nette Einkommen von 1008 Millionen Mark im Jahre ergeben, wobei es ganz gleichgültig ist, ob die Preissteigerung unmittelbar bei der Milch oder mittelbar bei der Butter und anderen Milchprodukten in die Erscheinung tritt. Diese Aufstellung bedeutet mit anderen Worten, daß durch die geplante Preiserhöhung der milchherzeugenden Landwirtschaft in einem Jahre wiederum mehr als eine Milliarde aus den Taschen der Verbraucher zugehauert werden soll! Selbst in einer Zeit, in der man an Rammathziffern und Riesensummen nachgerade gewöhnt worden ist, erscheint dieser Betrag ganz ungeheuerlich, besonders wenn man bedenkt, daß in ihm nur die Preiserhöhung für eines der vielen landwirtschaftlichen Erzeugnisse dargestellt ist.

Aber die Rechnung stimmt! Sie würde auch, wie wir erfahren konnten, in der Konferenz der Reichsstelle aufgemacht. Trotzdem ist diese nicht davor zurückgeschreckt, der Landwirtschaft das neue Milliardenangebot zuzugestehen! Das würde noch verständlich gewesen sein, wenn die deutsche Landwirtschaft bittere Not litt und vor ihrem Untergang bewahrt werden müßte. Aber über schlechte Zeiten hat sie in Ausbruch des Krieges doch wirklich nicht zu beklagen gehabt! Im Gegenteil, durch den glatten und reißlosen Absatz ihrer Erzeugnisse und durch die fortwährende Steigerung der Preise für alle landwirtschaftlichen Produkte, durch Druschprämien und mancherlei andere besondere Zuwendungen konnte sie sich einer derartigen Erhöhung ihrer Einkünfte erfreuen und hat sie so hohe Gewinne erzielt, daß die Landwirte ohne Ueberredung mit zu dem am besten verdienenden Kriegsgewinnlern gerechnet werden können. Und man verrät auch kein Geheimnis, wenn man daran erinnert, daß viele Güter und Güter, die vor dem Kriege bis zur Dachrinne in Schulden steckten und denen die Last der Hypotheken fast das Dach eindrückte, durch den Krieg, wie man zu sagen pflegt, „gesund geworden“ sind.

Trotzdem glaubte man diese neue Belastung der Verbraucher zugunsten der Landwirtschaft nicht umgehen zu können, eine Belastung, die um so schwerer und drückender wirken muß, als sie vor allen Dingen die kinderreichen Familien und die Kranken trifft. Die Milchzufuhr nach den Städten und den großen Industriezentren ist ja bekanntlich schon seit langem so gering, daß sie nur noch zur Deckung des dringenden Bedarfs für Säuglinge, Schwangere, Wöchnerinnen und Kinder in den ersten Lebensjahren ausreicht. Diese Schwächsten und Hilfsbedürftigsten sind es also, denen die neue Preisbelastung der Nahrungsmittelversorgung aufgebürdet werden soll — für sie wird der „notleidenden Landwirtschaft“ der größte Teil der Milliarde — das heißt der Teil, der nicht durch die Preiserhöhung für Butter und andere Milchherzeugnisse aufgebracht wird — zugeschnitten werden müssen! Die Folge wird sein, daß unbemittelte Familien mit vielen Kindern und die Kranken aus den armen Bevölkerungsschichten sich im Verbrauch der zur Gesundheitserhaltung und Kräftigung der Kinder und zur Stärkung der Sticken unbedingt notwendigen Milch noch mehr einschränken müssen, daß sie aber als Kaffeemilch für die sogenannten „besseren Leute“ um so reichlicher fließen wird. Jede neue Einschränkung der Milchherzeugung für diejenigen, die sie am nötigsten brauchen, aber muß sich in einer weiteren Erhöhung der Kindersterblichkeit und einer neuen Beeinträchtigung der Volksgeundheit zeigen.

Man sollte meinen, angesichts dieser vorauszu sehenden unheilvollen Wirkungen der Preiserhöhung müßte ihre Begründung so schwerwiegend sein, daß sie die schweren Schädigungen und Nachteile überbietet. Wie steht nun die Begründung der Milchpreiserhöhung aus? Sie beweist sich

hauptsächlich in der Richtung, die Gesteigungskosten für die Milch seien so stark gestiegen, daß der jetzige Milchpreis, obwohl er an und für sich schon das Zwei- bis Dreifache des Friedenspreises beträgt, weit hinter ihnen zurückbleibe; die Milchherzeugung sei also für die Landwirte so unlohnend geworden, daß ihr weiterer Rückgang und damit eine neue Verringerung der Erzeugung und Beeinträchtigung der Milchherzeugung befürchtet werden müsse, wenn nicht durch eine weitere Preiserhöhung ein besserer Ausgleich zwischen Gesteigungskosten und Preisen herbeigeführt werde. Diese Begründung ist durchaus unzureichend.

Selbst wenn man als wahr unterstellt — daß es in Wirklichkeit wahr ist, kann man von keinen Landwirten direkt bestreiten hören — daß die Gesteigungskosten höher als die Preise seien, so würde ergänzend festzustellen sein, daß diese Behauptung nicht nur für die Kriegszeit, sondern auch schon für die Zeit vor dem Kriege von landwirtschaftlichen Sachverständigen geltend gemacht wurde. Wenn man es damals nicht für geboten hielt, einen Ausgleich zwischen Gesteigungskosten und Preisen herbeizuführen, dann kann jedenfalls die gegenwärtige schwerste Zeit des Krieges erst recht nicht als der geeignete Zeitpunkt für eine solche schwerwiegende Maßnahme angesehen werden; was damals unterblieb, hätte heute erst recht unterbunden werden müssen! Das wäre um so notwendiger gewesen, als die im Kriege erfolgte weitere Steigerung der Gesteigungskosten doch ausschließlich auf die Steigerung der Futtermittelpreise und der Preise für neues Vieh zurückzuführen ist, das heißt also auf die von der Landwirtschaft selbst veranlaßte — um nicht zu sagen verschuldete — Preiserhöhung auf andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, die doch auch wieder zum größten Teil der Landwirtschaft zugute gekommen ist! Im Frieden erblickten die Landwirte den Ausgleich zwischen den Gesteigungskosten und dem Preise der Milch in der mit der Kuhhaltung verbundenen Düngherzeugung. Durch den Düngherbedarf waren sie an der Viehzucht interessiert, auch wenn deren Milchherträge die Gesteigungskosten nicht voll gedeckt haben sollten. Was schon für den Frieden galt, in dem noch unbeschränkte Mengen ausländischer Düngemittel zur Verfügung standen, das trifft natürlich in erhöhtem Maße für die Kriegszeit mit ihrem Mangel an Düngemitteln und der Steigerung ihres Wertes zu. Heute wird ein etwaiges Mißverhältnis zwischen Gesteigungskosten und Preisen für Milch noch weit mehr als im Frieden durch die mit der Milchproduktion verbundene Erzeugung von wertvollem Naturdünger wettgemacht!

Gerade der Umstand, daß die Landwirtschaft wegen der Dedung ihres Düngherbedarfs an der Viehhaltung stark interessiert ist, läßt nicht befürchten, daß der Viehbestand und die Milchherzeugung noch weiter zurückgehen werde, wenn die geplante Preiserhöhung nicht durchgeführt werden sollte. Die Landwirtschaft schädigt sich durch die weitere Einschränkung der Kuhhaltung selbst am meisten, so daß es des Anreizes einer solchen ungeheuerlichen Preiserhöhung auf Milch und Milchprodukte, wie sie beabsichtigt ist, nicht bedarf, um die Produktion auf der bisherigen Höhe zu halten. Tatsächlich ist auch die bisherige Verringerung des Viehbestandes im Verlaufe des Krieges auf ganz andere Ursachen als auf ein etwaiges Mißverhältnis zwischen Gesteigungskosten und Preisen für die Milch zurückzuführen, und zwar hauptsächlich auf die durch den Futtermittelmangel und die Steigerung der menschlichen Ernährung notwendig gewordenen Viehabschlachtungen. Gerade diese Umstände würden auch bei der Verwirklichung der Milchpreiserhöhung der Steigerung der Milchherzeugung starke Grenzen ziehen, so daß diese Erhöhung nur eine neue Milliardenbelastung der Verbraucher ohne jede Aussicht auf eine Besserung der Versorgung mit Milch und Milchprodukten bewirken müßte.

Aber wenn auch weder bei den bisherigen Preisen noch bei ihrer Erhöhung eine Steigerung der Milchherzeugung zu erwarten wäre, so wäre doch auch bei ihrem gegenwärtigen Stande und ohne jeden Anreiz der Landwirte wenigstens eine Steigerung der Milchherzeugung sehr wohl durchzuführen, wenn durch entschlossenes Zugreifen die erzeugte Milch voll erfasst und der Rationierung zugeführt würde. Bei Revisionen der Viehställe und bei Probemerkungen, die in letzter Zeit in Sachen durchgeführt wurden, stellte es sich nicht nur heraus, daß die Milchherzeugung meist beträchtlich höher war als die abgelieferte Milchmenge, sondern daß in vielen Ställen auch mehr Milchvieh stand, als angegeben worden ist; in einem einzigen Rittergute standen z. B. acht Kühe mehr, als der Viehkataster auswies. Solche gemessenen Kühe und Mißverhältnisse zwischen der erzeugten und der abgelieferten Milchmenge würden sich bei scharfer Kontrolle auch in anderen deutschen Landesteilen herausstellen. Die in dieser Weise unterschlagene Milch geht in Form von Butter und zu Riemenpreisen dem Schleißhandel zu und geht der geregelten Zufuhr und gerechten Versorgung verloren. Durch festes Zupacken, verbunden mit einem scharfen Verbraucherverbot und Wollereizung sowie mit der Erfassung auch der Ziegenmilch bei gewerbsmäßigen Ziegenzüchtern und Ziegenherdenbesitzern für die öffentliche Versorgung würde sich bei durchgreifender Kontrolle die Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Milchprodukten nicht nur im bisherigen Umfange aufrecht erhalten, sondern sogar noch beträchtlich steigern lassen, ohne daß es einer neuen Milliardenzuwendung an die gutbedienende Landwirtschaft auf Kosten der kinderreichen Familien und der Kranken bedürfte.

Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Möge er beschritten werden, bevor die Geduld des Volkes gegenüber der weiteren Nahrungsmittelverknappung ein Ende hat!

Clemenceau heßt weiter.

Gestern wurden in Paris die Senatsitzungen eröffnet. In seiner Eröffnungsrede dankte der Präsident Dubost den französischen und alliierten Armeen für ihre glänzenden Siege. Aus ihnen werde der Friede der Welt hervorgehen. Er betonte, es sei notwendig, die Schliche Deutschlands zu vereiteln, die darauf ausgehen, dieses Land der verdienten gerechten Züchtigung zu entziehen.

Sodann hielt Clemenceau eine Rede, die alle bisher von ihm gehaltenen Reden weit, weit hinter den Schatten stellt. Und das will bei Clemenceau etwas sagen. Daß das „hohe Haus“ seiner Rede Beifall spendete, ist ein Beweis dafür, daß man dort noch sehr weit von der Vernunft entfernt ist. Der französische Tiger fährt in seiner für sich selbst sprechenden Rede aus:

Ein halbes Jahrhundert lang erfuhr das friedliche Frankreich unwürdige Kränkungen eines Feindes, der uns nicht verzieh, daß wir aus dem Schiffsbruch des Bewußtseins des Rechts und der unverjährbaren Ansprüche und der Unabhängigkeit und der Freiheit gerettet haben. Kein Tag verging ohne Kriegsdrohung, ohne irgend eine bewußte Brutalität der Tyrannei. Die gepanzerte Faust, das trockene Pulver und das geschliffene Schwert waren die germanischen Friedensworte. Wir haben diese fürchterlichen Jahre und Stunden durchlebt unter den schlimmsten Vergewaltigungen und Zumutungen, die noch demütigender wurden durch eine niedrige Heuchelei, die uns zur Annahme eines friedlichen Vorschuges bewegen sollten, die uns allein vor dem allgemeinen Zusammenbruch bewahren können. Der Augenblick ist endlich gekommen, in dem der angebotene Herr der Welt den Entschluß faßt, ein Ende zu machen mit dem ruhigen Stolz der Völker, und ohne stichhaltigen Grund, ja, ohne den Schein eines Vorwandes, hat der Angreifer sich auf unser Gebiet gestürzt, um seine großen Verwüstungen wieder aufzunehmen. Unsere Soldaten brachen auf zu dem Menschenopfer, das das Wohl des heimischen Herdes forderte. Was sie waren, was sie sind und was sie geleistet haben, das wird die Geschichte sagen. Wir wissen es im voraus, aber erst seit gestern beginnt das bestürzte Deutschland zu begreifen, was für Menschen es vor sich hat. (Lebh. Beifall.) Übernerweise hat es geglaubt, der Sieg werde alles vergessen lassen, unsere verwüsteten Felder, unsere durch Minen und Brand vernichteten Städte und Dörfer, die plammäßige Plünderung, raffinierte Mißhandlungen, alle Gewalttätigkeit der Vergangenheit, Männer, Frauen und Kinder, in die Sklaverei weggeführt, das ist, was die Welt gesehen hat und was sie nicht vergessen wird. (Lebh. Beifall.) Nein, kein Sieg hätte jemals Verbrechen vergessen lassen können. Aber dann ist der angekündigte Sieg gar nicht gekommen und die furchtbare Rechnung von Volk zu Volk hat sich aufgemacht und wird bezahlt werden. In vier Jahren dieses unendlichen Kummers hat ein für uns nicht erwarteter Glückswechsel den großen Rückzug der Heere des Kaisers von den Völkern der befreiten Gebiete herbeigeführt. Ja, der seit mehr als einem Jahrhundert von unserer Nationalliebe angekündigte Tag ist glücklich gekommen. Die Söhne sind im Zug, das von ihren Vätern begonnene gewaltige Werk zu vollenden. Frankreich ist nicht mehr allein bei dem Werk der Gerechtigkeit durch die Waffen. Gemäß den Worten unseres großen Denkers sind es alle die Brüder der Welt, die den letzten Sieg der gerechtesten Menschlichkeit vollenden werden. (Lebh. Beifall.) Aber könnte auch nur einer träumen, eine schönere Zeit erlebt zu haben? (Beifall.) Die Bürger und die Soldaten, die Regierungen und die Volksvertretungen, alle waren bei ihrer Pflicht und werden dabei bleiben, bis sie vollendet ist.

Und trotzdem würden wir in diesem Kriege uns selbst unterwerfen, wenn wir vergäßen, daß der rechte Sieg diesen prächtigen Poilus gehört, die von der Geschichte die Adelsbriefe bestätigen sehen werden, die sie sich selbst ausgestellt haben. Sie fordern in dieser Stunde nichts als das Recht, das großartige Werk zu vollenden, das sie für die Unsterblichkeit geweiht hat. Was wollen sie? Immer und immer weiter siegreich kämpfen, bis zu der Stunde, wo der Feind begreifen wird, daß es keine möglichen Verhandlungen gibt zwischen dem Verbrechen und dem Recht. Ich höre sagen, der Friede könne nicht durch eine militärische Entscheidung herbeigeführt werden. So hat der Deutsche nicht gesprochen, als er den Krieg mit seinem Schreden entfesselte, und als gestern noch seine Führer Völker wie Vieh verteilten. Die militärische Entscheidung Deutschlands hat uns verurteilt, den Krieg fortzusetzen; mag es dann sein, wie Deutschland gewollt hat, wie Deutschland es getan hat. Wir suchen nicht den Frieden. Wir wollen nur einen gerechten und dauerhaften Frieden, damit die, die nach uns kommen, sicher sind vor den Schrecken der Vergangenheit. (Lebh. Beifall.) Auf also, Kinder des Vaterlandes, auf! Vollendet die Befreiung der letzten Völker von der Last unreiner Kräfte, auf zum heldenlosen Sieg! Ganz Frankreich, die ganze denkende Menschheit ist mit Euch! (Stürmischer Beifall.)

Was der Krieg bringt.

Abgelehntes Friedensangebot der Entente?
Der Abg. Bauer (Bavaria) hat an den Reichskanzler folgende Anfrage gestellt: „In der Sitzung des bayerischen Landtages vom 24. Juli hat ein Abgeordneter die Behauptung

aufgeklärt, daß die Entente im Jahre 1915 an Deutschland ein Friedensangebot gestellt habe, das aber abgelehnt worden sei. Ist der Reichskanzler bereit, zu dieser Behauptung, die geeignet ist, Erregung und Demütigung hervorzurufen, Stellung zu nehmen? Auf die Antwort kann man gespannt sein.

Die Friedensnote.

Die österreichisch-ungarische Friedensnote hat in Bulgarien eine günstige Aufnahme gefunden. — Die ukrainische Regierung tritt der Friedensnote bei.

Die Botschaft von der österreichisch-ungarischen Note traf in Moskau spät abends ein und konnte erst von wenigen Zeitungen gebracht werden. Das Blatt „Mir“ erinnert an die ständige Friedensliebe Österreich-Ungarns und sagt, daß dieses nicht aus Schwäche, sondern im Gefühl seiner günstigen Position handelt. Sollte die Entente die dargebotene Friedenshand nicht ergreifen, so läge sie die für die Verantwortung auf sich. Das Blutvergießen müsse ein Ende finden, die Menschen schließlich keine Kannibalen.

„Daily Express“ meldet: Das englische Kabinett tritt Donnerstag mittags 12 Uhr zur Beschlusfassung über den Friedensantrag Österreichs zusammen.

Die Antwort der Vereinigten Staaten an Österreich wurde Dienstag nachmittags der schwedischen Gesandtschaft zur Übermittlung nach Wien eingehändigt. Demnach scheint also die amerikanische Regierung ohne Verständigung mit den übrigen Ententeregierungen die jedenfalls ablehnende Antwort erteilt zu haben.

Kopenhagener „Socialdemokraten“ stellt einige interessante Betrachtungen über die vermutliche Vorgeschichte der deutschen Friedensnote an. Es hält für ganz unzweifelhaft, daß Deutschland mit der Aktion einverstanden war. Die Redewendung des Kanzlers gegenüber den Gewerkschaftsvertretern, der Friede sei vielleicht näher als man allgemein glaube, sei nur eine Voranzeige dieses Friedensschrittes gewesen, auf den offenbar auch die deutsche Regierung gewisse Friedenshoffnungen setze. Die Anregung zu dem jetzigen Schritt sei vom Grafen Czernin ausgegangen. Auch die österreichischen Sozialdemokraten hätten erst vor kurzem erneut eine ernste Mahnung an die Regierung gerichtet, jede Friedenschance wahrzunehmen. Die Aktion reihe sich logisch an die früheren Schritte an, die Österreich aus seinem starken Wunsch nach baldigem Frieden heraus unternommen hätte, z. B. an den Sixtusbrief. Die jüngsten Verhandlungen zwischen österreichischen und deutschen Staatsmännern, über deren Inhalt die Öffentlichkeit nie etwas erfahren hätte, hätten offenbar Deutschland für diesen österreichischen Plan gewonnen. Darin sehe man den Einfluß der deutschen Mehrheitsparteien und namentlich des Wirkens der deutschen Sozialdemokratie für den Verständigungsfrieden.

„Socialdemokraten“ will die Hoffnung nicht ausschließen, daß es zu einem Gedankenaustausch und schließlich zu Friedensverhandlungen kommt, weil die glatte Ablehnung der Mittelmächte moralisch kräftigen und die Ententeländer schwächen müßte. Er mahnt die Arbeiter aller Länder, in der kräftigsten Weise ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen, damit die Regierungen sich nicht länger dem immer steigenden Friedensdrang zu widerstehen wagen.

Der deutsche Abendbericht.

WTS, Berlin, 18. September, abends. (Amtlich.)

Englisch-französische Angriffe auf breiter Front vom Wald von Havincourt bis zur Somme. Gegen den auf die Mitte des Schlachtfeldes zwischen Havincourt und den Omignon-Bach eingedungenen Feind sind Gegenangriffe im Gange. In der übrigen Front sind Angriffe des Feindes gescheitert. Wir kämpfen überall wehrlich unserer alten Siegesheroen.

Die gegnerischen Berichte.

Englischer Bericht vom 17. September abends. Heute fanden nordwestlich St. Quentin unbedeutende Kämpfe statt. Unsere Truppen gewannen in der Nähe des Dorfes Holnon Boden. Auf dem nördlichen Frontteil fanden ebenfalls nur örtliche Zusammenstöße statt. Unsere Truppen nahmen einen deutschen Posten westlich La Basse, wobei sie einige Gefangene machten. Wir haben neue Postenstellungen nordwestlich Neuve Chapelle und in der Nähe Moegsteert bezogen. Ostlich Bierizant wurde eine deutsche Streifabteilung abgemietet.

Frankösischer Bericht vom 17. September, abends. Westlich St. Quentin erzielten unsere Truppen im Laufe des Tages in der Gegend von Holnon und Sauby Fortschritte. Wir machten etwa 50 Gefangene. Zwischen Ailette und Aisne erweiterten wir unsere Gewinne dauernd. Östliche Angriffe ermöglichten uns, auf den Hochflächen südlich und östlich Allemant vorzurücken. Wir machten etwa 100 Gefangene. Heute morgen bemächtigten wir uns nach lebhaftem Kampfe eines vom Feinde hartnäckig verteidigten Stützpunktes östlich Soncy. Die Zahl der von uns nördlich Caiffaux aufgefundenen Leichen bezeugt die Schwere der vom Feinde im Laufe der jüngsten Kämpfe in dieser Gegend erlittenen Verluste. An der Bazelle-Front machten die Deutschen zu drei verschiedenen Malen Gegenangriffe gegen unsere Stellungen in der Gegend Osmes. Sie wurden jedesmal mit schweren Verlusten abgewiesen. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

„Deutsche Kolonial-Grenze“.

Nach Meldungen holländischer Blätter macht die englische Presse in den letzten Tagen erhebliche in „Grenze“, die in den deutschen Kolonien, besonders vor und nach dem Herero-Aufstand in Südwestafrika, von Deutschen verdrängt worden sein sollen. Das Material zu den englischen Behauptungen stammt aus den Äiten, deren sich die Engländer nach ihrer Besitzergreifung der deutschen Kolonien in Afrika bemächtigt haben. Viel Aufhebens wird gemacht von dem Rundschreiben eines Gouverneurs, das den Staatsanwälten zur Ansicht macht, bei Ausgrenzungen Weißen gegen Schwarze ungeschwungen und energisch einzugreifen. Gerade dieser Rundschreiben beweist nun, daß von der deutschen Verwaltung viel gelbeschen ist, um Uebergriffen vorzubeugen und sie, wenn sie vorlämen, zur Fehrrückung zu bringen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat vieles von dem, was in den deutschen Kolonien vorgekommen ist, hart verurteilt. Das hindert sie aber nicht, der Auffassung zu sein, daß der englische Streik, wenn sie das Bedürfnis sieht, ihre Leser mit der Ausgrabung von Kolonial-Grenzen zu unterhalten, die englische Kolonialgeschichte eine bedeutend reichere Fundgrube bieten würde als die deutsche.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 18. September. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsjahresplan.

Der Italiener setzte seine Anstrengungen zur Beseitigung seiner Stellungen im Gebiet des Monte Verita fort. Ziel seiner geistigen, von heftigen Artillerie- und Mörserfeuer begleiteten Angriffe bildete der Taron-Rücken, gegen den er fürmal Sturz lief. Der Feind wurde jedesmal in existenzieller Rücksicht zurückgeschlagen. Am Monte Tomba und Monte Salara wurden feindliche Annäherungsversuche vereitelt. Auf der Höhe südlich Mago zeitweilig schwere Artilleriekämpfe.

Zahlreiche feindliche Flieger haben auf mehrere Orte hinter der Piave-Front und im Etsch-Tal Bomben abgeworfen, ohne nennenswerten Schaden anzurichten.

Albanien.

Ein Teilangriff der Italiener entlang der Küste wurde abgewiesen. Auf dem Höhenrücken südwestlich von Berat, wo wir unsere Linien südwärts vorgeschoben haben, wurden feindliche Gegenangriffe zurückgeschlagen.

Westlicher Kriegsjahresplan.

Bei den t. u. l. Truppen nichts von Belang.

30 000 verurteilte finnische Aufriührer.

In der „Finnischen Korrespondenz“ teilt der Helsingforsker Dozent der Rechte, Selminen, zur Liquidierung des Aufstandes in Finnland mit, daß nach den bisherigen Erfahrungen der jetzt arbeitenden Gerichte ungefähr 10 Prozent aller Gefangenen zu Strafen über drei Jahre Zuchthaus verurteilt werden. Finnland hätte danach ungefähr 30 000 Zuchthäuser zu unterhalten! — Diese Zahl, die eine Aufgabe bedeutet, ist für Finnland eine schwere Verlegenheit; denn um jodiel Tausende Staatsverbrecher unterzubringen, dazu reichen Finnlands Zuchthäuser nicht aus.

Dr. Selminen hält gleichwohl die Abstrafung der Aufriührer für selbstverständlich und er hofft, sie durch Strafarbeit „verbessern“ zu können, wobei er nicht nur an Arbeiten für das finnische Verkehrsweesen und für die Urbarmachung von Weidland denkt, er facht auch die Verwendung der Verurteilten nach Deutschland, für Arbeit im Ackerbau und in den Gruben, ins Auge.

Es kommt dem Besserungswilligen Herrn nicht in den Sinn, welche Wirkungen solche Verdünnung auf Proletariat, die sozialistischen Denker zugänglich geworden sind, haben muß; denn sie wissen, daß die unfreie Arbeit, die sie leisten sollen, wie alle Gefangenearbeit lohnbrückerisch wirken muß. Man darf vermuten, daß der Vorschlag, wenn er in Finnland ernsthaft ins Auge gefaßt werden sollte, einen Sturm der Entrüstung entfesseln würde.

Verhaftete Ententegeandte in Rußland.

Die Entente-Gesandten am rumänischen Hof in Jassy, die nach dem Frieden zwischen Rumänien und Deutschland nach Rußland gekommen waren, sind hier auf Anordnung der Bolschewiki-Regierung verhaftet worden. Es handelt sich um den Vertreter Englands, Barclay, den der Vereinigten Staaten, Popick, und die Gesandten Frankreichs und Italiens, Saint-Aulaire und Fasciotti.

Ein Tagesbefehl Trozkis an die Tschechoslowaken.

Soldaten, Tschechoslowaken, Arbeiter und Bauern, man hat euch englische, französische, amerikanische und japanische Hilfe versprochen, aber man hat euch betrogen. Die englische und die japanische Bourgeoisie braucht euer Blut, um sich das russische Arbeitervolk zu unterwerfen und von ihm Gold zu erpressen. Die russischen Offiziere der Weißen Garde verstecken sich hinter euren Rücken und zwingen euch, für die Sache der Bourgeoisie zu sterben. Der Feind erkennt jetzt die Kraft der Roten Armee. Wir haben Kajan, wir haben Simbirsk genommen und bald werden Jekaterinburg und andere Städte in unsere Hände fallen, die zeitweilig von der Bourgeoisie mit eurer Hilfe besetzt worden sind. Ihr geht unter für die Interessen der Bankiers und der Könige. Man betrügt euch. Desinet eure Augen. Die russischen Arbeiter und Bauern kämpfen für ihre Freiheit und ihre Macht gegen die russische und die ausländische Bourgeoisie. Stellt euch nicht uns in den Weg und übergebt feierlich die Macht an die russischen Arbeiter und Bauern. Hiermit erkläre ich: Jeder tschechoslowakische Soldat, der freiwillig seine Waffen abgibt, wird begnadigt und erhält die Möglichkeit, in Rußland zu leben, gleichberechtigt mit allen Arbeitenden der Sowjetrepublik. Denkt doch daran, daß ihr selbst Arbeiter und Bauern seid, verhaftet die Gegenrevolutionäre und die Offiziere, vereinigt euch mit den Arbeitern und Bauern des Sowjet-Rußland und ihr werdet gerettet werden.

Russischer Kriegsbericht.

vom 14. September. Südwestfront: Im südlichen Bezirk haben die Kosaken, nachdem sie bedeutende Verstärkungen erhalten hatten, in der Richtung auf Kalatschew die Offensive ergriffen und unsere Abteilungen nach harten und erbitterten Kämpfen gezwungen, auf die Linie Koslowka-Drowla „Talamaja“ Terehowo zurückzugehen. In der Richtung auf Powarino sind unsere Truppen südlich der Station Kasada vorgerückt. In der Richtung auf Jelan haben unsere Truppen nach Zurückweisung eines feindlichen Angriffes bei Mlongowst, den Weiler Simowka besetzt.

Nordkaukasische Front: In der Richtung auf Zarzin haben unsere Vortruppen den Don überschritten und die Kosaken aus dem Weiler Amilow herausgeworfen.

Nordfront: In der Richtung auf Archangelsk haben unsere Truppen auf dem rechten Dwinauer die feindlichen Vortruppen bei dem Dorf Priluk zurückgedrängt. Der Gegner hat, 2000 Mann stark, nördlich Priluk eine starke Stellung bezogen.

Ostfront: Bei der Einnahme der Stadt Wolst haben wir zwei 15-Zentimeter-Geschütze und viel Material erbeutet. Die Schlüssel der Wolgaregion, Kasan und Simbirsk, sind in unseren Händen, was uns die Möglichkeit geben wird, unsere Erfolge zu vergrößern und die moralische Kraft unserer Heere zu stärken, die um eine andere wichtige Stadt: Jekaterinburg kämpfen.

Die Engländer aus Baku vertrieben.

Nach in Konstantinopel eingegangenen Nachrichten vermehrte sich in den letzten Tagen die Zahl der aus Nordpersien

nach Baku gekommenen Engländer um mehrere Tausend. Sie hatten die Sowjetregierung vertrieben und eine sozial-revolutionäre Verwaltung eingesetzt. Um sie zu vertreiben, gingen tatarische Freikämpfer aus Kaukasien-Armenien gegen Baku vor. Nach hartem Kampfe gelang es ihnen, die Engländer zu besiegen und die Stadt zu besetzen.

Was die Franzosen in die Welt telegraphieren.

Um zu beweisen, mit welcher Eile der deutsche Rückzug aus dem St.-Mihel-Bezirk vor sich ging, berichtet ein Funkgramm vom 15. 9. aus Lyon, daß es den Deutschen nicht gelungen sei, die von ihnen beabsichtigte Zurückführung der Bevölkerung, vor allem der jungen Leute, durchzuführen. Lyon fürchte, daß ein Teil in St. Mihel zurückbliebe, wo er die siegreichen französischen Truppen mit Freudenrufen begrüße und daß die übrigen in Wäldern und Schluchten gefunden wurden, wo ihre Wächter sie bei der eiligen Flucht im Stich gelassen hatten.

Nachdem Lyon so den fluchtartigen Rückzug der Deutschen der Welt genügend eingeträgt hatte, mußten auch andere Register gezogen werden. Deshalb funkte Lyon zwei Tage später unbedenklich wörtlich:

Die Deutschen führten im letzten Augenblick viele, selbst alte Personen mit sich fort. Alle jungen Leute wurden mitgenommen.

Das Gedächtnis der Welt ist allerdings sehr kurz, aber einen etwas größeren Zwischenraum zwischen den beiden einander diametral widersprechenden Mitteilungen hätte sich doch empfohlen.

Ein französischer Regent von Elsaß-Lothringen.

Die „Frankf. Zig.“ meldet aus Genf: Die französische Regierung hat es für angezeigt gehalten, jetzt schon eine besondere Verwaltung für Elsaß-Lothringen einzurichten, in der Erwartung der Eroberung der einstigen französischen Provinzen. Dieses Amt wird unter die Leitung eines Unterstaatssekretärs gestellt und dem ehemaligen Botschafter in Berlin, Combon, übertragen.

Die interalliierte Sozialistenkonferenz.

Ist nach Reuter am Dienstag in London eröffnet worden. Es sind Delegierte aus Frankreich, Amerika (Compers), Belgien, Italien und England eingetroffen. — Hoffentlich dient diese Konferenz nun endlich dem Frieden; von den bisherigen interalliierten Zusammenkünften der Sozialisten war das leider nicht zu sagen.

Ueber den Beginn der Sitzung berichtet Reuter: Der Vorsitzende der interalliierten Arbeiterkonferenz erklärte, daß die Anwesenden durch ihr Erscheinen nicht für den Frieden um jeden Preis eintreten, noch eine Niederlage in die Hand arbeiten wollten, sondern daß sie einen ehrenvollen und dauerhaften Frieden verlangten. Ueber den österreichischen Vorschlag sagte der Vorsitzende, es sei Pflicht der Anwesenden, jeden Weg zum Frieden zu untersuchen. Kerenski wurde der Platz auf der Vorstandstribüne eingeräumt. Henderson teilte mit, daß die russischen Abgeordneten nicht erschienen seien, aber Balfour habe wissen lassen, daß sie die Plätze bekommen hätten, damit sie mit dem nächsten Schiff der Admiralität Bergen verlassen könnten. Henderson verlas ein Telegramm der russischen Delegierten, das die Aufmerksamkeit auf die unaussprechliche Notlage des russischen Volkes unter der bolschewistischen Regierung richtet und die westlichen Länder ersucht, Kommissionen nach Rußland zu schicken, um die Politik der Sowjetregierung zu untersuchen. Der Vorsitzende fügte hinzu, daß die Konferenz der Ansicht ist, daß eine Mission nach Rußland gehen soll.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 19. September. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden von unseren Unterseebooten 29 000 Brutto-Registertonnen versenkt.

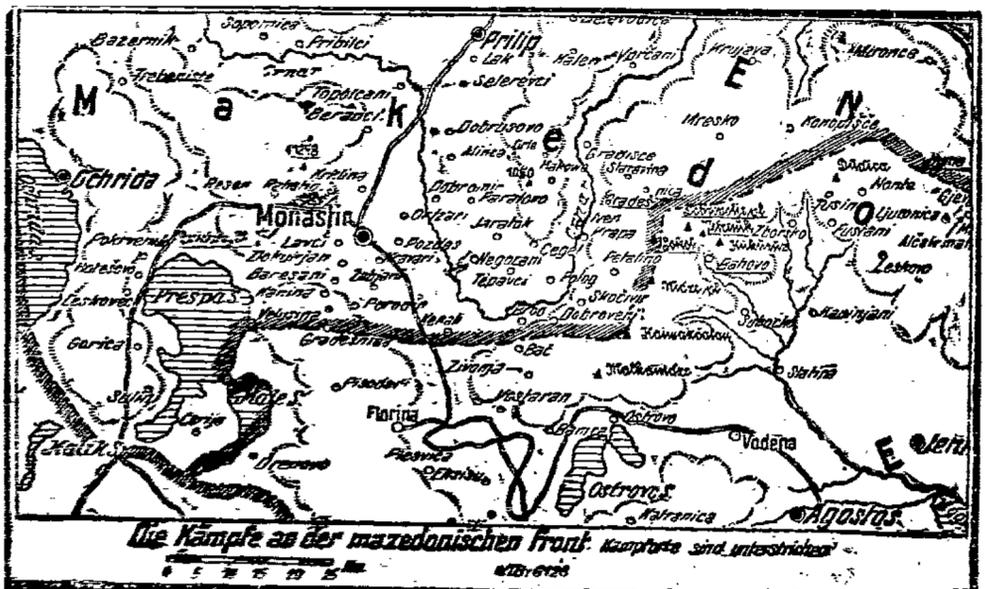
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Standpredigt an die Berliner Sensationspresse.

Der „Germania“ wird aus parlamentarischen Kreisen geschrieben: Wenn man der Berliner Sensationspresse Glauben schenken könnte, müßte man annehmen, daß wir uns wieder einmal in einer Kanakerkrisis oder Regierungskrisis befinden. Wer freilich das Treiben dieser Presse und vollends die Persönlichkeiten ihrer Sintermänner kennt, kann nur lebhaft bedauern, wenn die öffentliche Erörterung mit solchen gegenstandslosen Behauptungen und Erfindungen belastet und beunruhigt wird. Wir haben doch wahrlich ernste Sorgen genug in diesem Kriege, so daß die Zeitungen ihre Spalten nicht mit der Besprechung von politischen Märchen und müßigen Klatschereien zu füllen brauchen. Für die Art der Arbeit eines Teiles der Berliner Presse ein recht bezeichnendes Beispiel. Am letzten Mittwoch fand eine interfraktionelle Sitzung des Ausschusses der Mehrheitsparteien im Reichstage statt. Die Sitzung war auf 11 Uhr vormittags anberaumt, mußte aber eingetretener Hindernisse wegen auf nachmittags 2 Uhr verschoben werden. Als die Ausschüßmitglieder um 2 Uhr eintrafen, lag



Schon der Bericht der „B. Z. am Mittag“ über die gar nicht stattgehabte Sitzung vom Vormittag vor. Das ging denn doch über die gewohnte Berliner Fingigkeit hinaus und erregte große Heiterkeit. Die neueste Leistung ist eine Mitteilung der „B. Z.“ vom 16. September über eine Besprechung von Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags, welche am Sonntag beim Reichskanzler stattfand, und sich auf die österreichische Friedensanregung bezog. Das Blatt muß wohl ungern — feststellen, daß eine Übereinstimmung besteht zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern der Mehrheitsparteien in der Stellungnahme zum Wiener Vorschlag. Die Reichsleitung ist bereit, an den vorgeschlagenen Verhandlungen teilzunehmen, wie die „Nordd. Allgem. Ztg.“ verkündet. Nun kommt aber ein Stich gegen den Reichskanzler, von dem die „B. Z.“ behauptet, er habe „trotz“ dieser Übereinstimmung aus dem Verlaufe der Unterredung den Eindruck gewinnen müssen, „daß die Führer der Mehrheitsparteien, seine nächsten Freunde nicht ausgenommen, äußerst verstimmt sind über die Art und Weise, wie der Reichskanzler das Vertrauensverhältnis zu den Mehrheitsparteien einer starken Belastung dadurch ausgesetzt hat, daß er sie von den diplomatischen Vorgängen der letzten Wochen auch nicht andeutungsweise unterrichtet hat.“ Die angebliche Mißstimmung der Führer der Mehrheitsparteien besteht aber in Wirklichkeit nur in der Meinung und vielleicht im Wunsch des Verfassers dieser Nachricht, „Was insbesondere die „nächsten Freunde“ des Reichskanzlers betrifft, so kann von der behaupteten Mißstimmung schon deshalb nicht die Rede sein, weil es an der vermischten Information von Seiten des Reichskanzlers nicht gefehlt hat.

Die Rebellion der München-Glabacher.

In einer Mitgliederversammlung der katholischen Arbeitervereine in Köln, die öffentlich war, fand eine Entschiedenheit Annahme, in der erklärt wird, die Amtsenthebung des Diözesanpräses Dr. Müller habe die katholischen Arbeiter aufs äußerste beunruhigt und erbittert. Die Versammlung legt gegen die Herrn Dr. Müller zuteil gewordene Verhandlung „die entschiedenste Verurteilung“ ein und spricht dem verdienstvollen Führer ihren Dank und ihr volles Vertrauen aus. Wie in der Angelegenheit weiter gemeldet wird, hat der Direktor des Westdeutschen Arbeiterverbandes Pieper in M.-Glabach dem gemäßregelten Diözesanpräses Dr. Müller seine Stelle eingeräumt. Wie es heißt, wird Dr. Müller die Stelle annehmen.

Kriegsbeschädigtenfragen.

Vom Essener Verband.
In einem Artikel des „Vormärts“ wird u. a. über die Kassenerwaltung des Essener Verbandes gesagt: Die Kassenerwaltung des Essener Verbandes weist nämlich recht erhebliche Mängel auf, die mit der Zeit auch unter dem Herrn Adorf blühendsten Verbandsmitgliedern Unruhe erregten. Auf heftiges Drängen einer Düsseldorf-Kreisversammlung vom 12. Mai d. J. wurde nämlich ein Kontrollauschuß gewählt, um die Kassenerhältnisse des Verbandes zu prüfen. Der Bericht der Revisoren wurde am 8. August erlassen und lautet einfach vernichtend. Der Kontrollauschuß stellte fest, daß die ganze Kassenerführung eine höchst mangelhafte war. Ein ordnungsmäßiges Kassensystem sei bis zum Juni 1918 (nach mehr als einjähriger Bestehen des Verbandes!) überhaupt nicht vorhanden. Ebenso fehlten jegliche Belege über die seit Bestehen des Verbandes vorgenommenen und verausgachten Gelder. Ein Kassensystem für diese Zeit wäre anscheinend erst in letzter Zeit mit Rücksicht auf die ersten Jahrgänge angelegt worden. Weiter wurde festgestellt, daß Verbandsvorstandsmitglieder für Reisen ungleiche Gelder liquidiert haben; so habe einer für eine Reise nach Berlin über 1000 Mark verausgabt! Ein Kommentar hierzu ist überflüssig!

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 19. September.

Mahnahmen gegen die Wohnungsnot.

Der Bürgerausschuß hatte sich gestern mit folgendem Antrage des Senates zu beschäftigen: Die Baubehörde hat beantragt, ihr für die Errichtung von 10 Kleinwohnungen im Güterabfertigungsgebäude des alten Bahnhofs, das früher von der Reichsbank zum Wohn, in letzter Zeit für die Gewerkschule verwandt ist, den Betrag von 25 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Der Einbau wird geeignet sein, zur Herabsetzung der bestehenden Wohnungsnot zu dienen. Der Senat ist daher bereit, dem Antrage der Baubehörde zu entsprechen, und beabsichtigt, zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft zu stellen; daß der Baubehörde für die Errichtung von 10 Kleinwohnungen im Güterabfertigungsgebäude des alten Bahnhofs nach dem vorgelegten Kostenaufschlage des Bauinspektors Walzer vom 1. August 1918 der Betrag von 25 000 Mark, soweit erforderlich und Rechnungssahlige vorbehalten, aus der Schuldentilgungskasse zur Verfügung gestellt werde. Bei der Einbürgerung der Sache hat der Senat die Baubehörde ermächtigt, mit der Ausführung der Arbeiten sofort zu beginnen. Der Bürgerausschuß sprach sich gütlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages durch die Bürgererschaft aus.

Erhöhung der Unterstützung für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer.

Der Bürgerausschuß verwies in seiner gestrigen Sitzung den Antrag Stellung:

„Die Bürgererschaft ersucht den Senat, baldigst die Unterstützungssätze für die Familien der zum Heeresdienst Eingezogenen sowie die Zuschüsse zu den Hinterbliebenenrenten der Kriegsgemuteten und -waisen den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen.“

an eine dreigliedrige Kommission, in die Heimsohn, Dr. Langenhein und Genosse Löwigt gewählt wurden.

Änderungen in der Besteuerung der Gesellschaften

von G. m. b. H.

Nach der Bestimmung des Einkommensteuergesetzes wird die Einkommensteuer nicht erhoben, von dem Einkommen dieser Gesellschaften aus Anteilen an eingetragenen anderen Gesellschaften m. b. H., die hier ihren Sitz haben. Die Steuerbehörde hat nun beantragt, diese Bestimmung in zweifacher Beziehung zu ändern, und zwar, 1. dem Vorgange der neuen Hamburg-Gesetzgebung folgend, zu bestimmen, daß bei Berechnung des danach nicht zu verrechnenden Einkommens, wenn der von einer G. m. b. H. erzielte Reingewinn nur zum Teil in Lübeck zu veräußern ist, auch nur ein dementsprechender Teil des auf den Gesellschaften verbleibenden Gewinns zu berücksichtigen ist, 2. zur Herabsetzung fremden Kapitals nach Lübeck zu bestimmen, daß die Steuerfreiheit des § 3 Ziffer 9 auch den heftigen Gesellschaftern einer auswärtigen G. m. b. H. zugute kommen soll, wenn und soweit der die letztere besteuerte Bundesstaat auch die Anteile dorriger Gesellschaften an Reingewinnen an Gesellschaften m. b. H. in Lübeck steuerfrei läßt. Der Senat ist damit einverstanden und stellt einen entsprechenden Antrag an die Bürgererschaft, den der Bürgerausschuß gestern gütlich befürwortete.

Der Bürgerausschuß genehmigte resp. befürwortete in seiner gestrigen Sitzung folgende Beschlüsse des Senates: Bewilligung von 150 000 Mk. für Klein-

Der amtliche Kriegsbericht.

Schwere Kämpfe an der Westfront.

W. B. Großes Hauptquartier, 19. Septbr. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht und v. Boehn.

Nordöstlich von Bizjote überließen wir Teile der in den Kämpfen vom 9. September dem Feinde verbliebenen Grabenstücke und nahmen 136 Belgier gefangen. Neue Entfaltungstätigkeit zwischen Ypern und La Bassée. Nordöstlich von Armentieres und südlich von La Bassée-Kanal wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Im Abschnitt Moeuwe und Sartincourt starke Artilleriekämpfe. Bei östlichen Angriffen machten wir hier Gefangene.

Der Engländer nahm seinen Angriff gegen unsere Stellungen vor der Siegfried-Front, im Abschnitt vom Walde von Sartincourt bis zur Somme wieder auf. Nördlich von Gouzeaucourt und gegen den Ort selbst gerichtete Angriffe scheiterten vor unseren Linien. Deutsche Jägerregimenter haben Gouzeaucourt sehr verteidigt. Auch zwischen Gouzeaucourt und Sartincourt schlugen wir den Engländer, der mit starken Kräften und Panzerwagen mehrfach anrückte, ab. Epegh und Kousson blieben nach wechselvollem Kampf in seiner Hand. Am Abend wiederholte der Feind an der ganzen Front seine Angriffe; sie wurden überall abgewiesen. Zwischen Horgicourt und Pont-hru drangen Australier in unsere Stellungen ein. Nach hartem Kampf gelang es, den aus Horgicourt und Pont-hru vordringenden Feind westlich von Horgicourt-Bellenglise zum Stehen zu bringen. Zwischen Dmignonbach und der Somme griff der Engländer im Bereich mit Franzosen an. Unter Einsatz starker Kräfte suchte er auf St. Quentin und nördlich davon unsere Linien zu durchbrechen. Die bis zum Abend anhaltenden Kämpfe endeten mit einem vollen Misserfolg für den Gegner. In heftigen Kämpfen wurde der Feind in seine Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Österreichische Regimenter und das Elb-Lothringische Infanterieregiment Nr. 60 zeichneten sich hier besonders aus. Südlich der Somme scheiterte ein Teilangriff der Franzosen. Auf der 35 Kilometer breiten Angriffsfront stellten wir durch Gefangene 15 feindliche Divisionen fest.

Seezugsgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Nivette und Nisue nahm der Artilleriekampf am Nachmittag wieder beträchtliche Stärke an. Heftige Teilangriffe, die sich im besonderen gegen unsere Linie beiderseits der Straße Saffare-Chaignon richteten, wurden abgewiesen.

Seezugsgruppe Gallwih.

Am der Cotes Serraines lebte die Gefechtsaktivität auf. Kleine Vorkämpfe. Bei einem Vorstoß auf Manheufes machten wir Gefangene.

Der Erste Generalquartiermeister.

Landendorf.

gardenbau. Diese große Summe soll zur Beschaffung von Sämereien, Düngstoffen und dergl. verwendet werden. Verkauf von Landflächen in Travemünde. Verkauf einer Wiesenfläche in Neede. Verkauf des Grundstückes Braunstraße 36 für 45 000 Mk. an den Kaufmann Rud. Reeder. Haushaltsplan für das Fortwirtschaftsjahr 1919. Anschaffung eines Projektionsapparates für die Oberrealschule zum Dm (Kosten 1600 Mk.). Beschaffung von 80 Transportwagen für den Schlachthof (Kosten 5600 Mk.). Nachbewilligung von 7253,72 Mk. für den Schlachthof und die Hofmarkthalle. Anstellung einer zweiten Gesundheitswache (Kosten 316,67 Mk.). Veränderungen am Viehhof (Kosten 6500 Mk.). Herstellung einer elektrischen Beleuchtung in den Wohnungen der Angehörigen und Beamten der Heilanstalt Streckhof (Kosten 1337 Mk.). An eine Kommission verwiesen wurde der Antrag auf Verkauf von Landflächen in Travemünde. Der Kommission gehören Genf, Thiele und Genosse Henze an.

Die Lübeckern befinden sich gegenwärtig in einer sehr ungemütlichen Situation. Sie, die von nun an vier Monaten mit ihren Groberwerbsarbeiten die Welt verlassen, schlagen sich jetzt darüber, daß man ihnen etwas hart auf die Füße tritt und ein „Kesseltreiben“ gegen sie veranstaltet. Wunderbar ist es, wenn diese Herzschaften, die über die Anwesenheit des Reichslandungsfriedens ihre Schlammfluten über sich ergießen und den anderen Deutschum und nationales Gefühl verloren, nun kommen über das „gedankliche Schlimmen und Schrecklichen“ ihrer Gegner, wie das gellert in den „Lübeckischen Blättern“ geschah. Sie fühlen sich einlam; jeder rückt von ihnen ab. Das ist gewiß schmerzhaft und zwingt sie vielleicht noch zur Weisheit, die ihnen zukommt.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat August auf 1394 (1933), die der Besucher auf 1404 (1886). Die eingekammerten Zahlen sind die des vorhergehenden Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 158 Personen. Währen sind im August 1446 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1406 (1375), darunter nach auswärts schriftlich 67 (57). Von den Besuchern waren organisiert 741 (732) Personen, und zwar gewerkschaftlich 457, politisch 28, gewerkschaftlich und politisch 266. Unter den Verbleibenden 663 Nichtorganisierten befanden sich 335 Angehörige von Organisierten und 1 Organisationsunfähiger. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 508 (514) männlich, 894 (889) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1312 (1298); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 90 (85); Organisierte 2 (3). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 1072 (1064) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck (Land) 102 (121), Oldenburg 64 (83), Mecklenburg 51 (26), Bremen 61 (34), und sonstig 54 (58). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenterversicherung) 179 (190). Privatangehörigenversicherung 10 (3), Arbeits- und Dienstvertrag 175 (139), bürgerliches Recht 332 (374), Strafrecht 80 (89), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 588 (514), Arbeiterbewegung 3 (4), Privatversicherung 6 (5), Handel und Gewerbe 5 (2), Hilfsdienst 8 (11), Verbleibendes 20 (14). Von den Auskünften machten 426 (361) die Anfertigung von 529 (449) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 25 (16) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 318 (219) Postsendungen. Der 22. August zeigte mit 86 (78) die höchste, der 24. August mit 23 (27) die niedrigste Besuchszahl.

Jahrespreismäßigung zum Besuch von Kriegergräbern. Auf eine Anfrage ist seitens des Kriegsministeriums mitgeteilt worden, daß den Angehörigen gefallenen Krieger schon jetzt der Besuch der Kriegergräber im besetzten Gebiet des Ostens und im Gebiet des Generalgouvernements Brüssel genehmigt und hierbei eine Jahrespreismäßigung von 50 Prozent gewährt werde. Die Kriegslage gestattet jedoch zurzeit noch nicht, diese Vergünstigung auch auf die übrigen besetzten Gebiete auszuweiten, da dadurch der Zustrom von Besuchern voraussichtlich in erheblichem Maße gesteigert werden würde. Sowohl Eisenbahnbetriebslich, wie Verkehrsrechtlich, wie namentlich auch militärische Gründe (Spionageabwehr und dergleichen) verbieten aber bei der gegenwärtigen Lage jede Maßnahme, die die Grenze von Brüssel in das Operations- und Chappengebiet zu fördern geeignet ist, so begründet an sich die dahin zielenden Wünsche der Angehörigen Gefallener sind.

Von der heimatischen Eisenbahn wird eine Ermäßigung des Fahrpreises zum Besuch von Kriegergräbern nicht gewährt und steht auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat sich erst vor kurzem in einem an

den Chef des Feldpostamtes gerichteten Schreibens erneut dahin ausgesprochen, daß auf den preussisch-heißigen Staatsbahnen und Reichsbahnen in Elb-Lothringen zum Besuch von Kriegergräbern eine Jahrespreismäßigung nicht gewährt werden könne und daß sich die übrigen Bundesregierungen auf einer Besprechung der Angelegenheit im Jahre 1918 trotz des vollen Verständnisses für die Wünsche der Angehörigen unserer gefallenen Krieger in gleich abweichendem Sinne ausgesprochen hätten. Das Kriegsministerium erklärte gleichzeitig, daß, sobald die Kriegslage eine Milderung der gegenwärtigen Bestimmungen gestattete, auch der Besuch der Kriegergräber den Angehörigen der gefallenen Soldaten soweit wie möglich erleichtert würde.

Neue Briefmarken werden infolge der neuen Postordnung demnächst herausgegeben. Es handelt sich dabei um Freimarken zu 35 und 75 Pfg., um Postkarten mit Aufdruck (10 und 10 Pfg.), Postanweisungen (15 und 25 Pfg.). Die Freimarken zu 35 Pfg. werden einfarbig rotbraun, während die Marken zu 75 Pfg. zweifärbig hergestellt werden, und zwar der Rand blaugrün und das Mittelfeld mit rot schwarz. Die Farbe des Markenstempels der 15-Pfg.-Postanweisung wird schwarzviolett und der 25-Pfg.-Postanweisung gelbbraun. Die Freimarken zu 30, 50 und 60 Pfg. fallen fort, doch sollen die vorhandenen Porträts verbraucht werden. Ebenso ist die Ausgabe neuer Freimarkenhefte zu 3 Mark vorgesehen, die 10 Marken zu je 15 Pfg., 8 Marken zu je 10 Pfg., 4 Marken zu je 7½ Pfg. und 3 Marken zu 5 Pfg. enthalten werden.

Zwiebeln. Im Laufe der nächsten Zeit treffen genügend Zwiebeln ein, um an jede Person, welche im Verlaufe eines Lebensmittelsbuches oder einer Lebensmittelkarte ¼ Pfund Zwiebeln abgeben zu können. Mit dem Verkauf wird Sonnabend, dem 21. September 1918 in allen von der Stadt, Ob- und Gemeindefreie belieferten Gemüsehändlungen begonnen. Diejenigen Verbraucher, welche bei dem ersten Verkauf die Zwiebeln noch nicht erhalten, werden in der nächsten Zeit das ¼ Pfund Zwiebeln bekommen können.

Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien zugegangen. Nach § 1 des Gesetzes müssen in allen gewerblichen Bäckereien und Konditoreien an den Werktagen alle Arbeiten mindestens von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens vollständig ruhen.

Preislisten für Schuhmacher. Um der Ausbeutung des Publikums durch das überhandnehmende Bestreben von Schuhmachern und insbesondere Reparaturwerkstätten, übermäßige Preise zu berechnen, vorzubeugen, hat die Schuhmachervereinigung zu Lübeck, wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, im Rahmen der ihr zustehenden Befugnis eine neue Preisliste herausgegeben, welche vom 15. September 1918 ab für das gesamte Staatsgebiet für die verschiedenen Arten von Schuhmachern und Reparaturwerkstätten rechtsverbindliche Gültigkeit besitzt. Es wird den erwähnten Betrieben unter Strafandrohung zur Pflicht gemacht, die in der Preisliste angeführten Sätze zu berechnen und mindestens einen Abdruck derselben in ihren Verkaufsräumen zur allgemeinen Kenntnis auszuhängen. Die Preislisten sind aus Selbstkostenpreisen bei dem Obermeister der Schuhmachervereinigung, Herrn Schuhmachermeister Wöde, Königsstraße 107, für jedermann erhältlich. Die Preisliste ist ferner veröffentlicht, für jede Ausbesserung einen Begleitschein auszustellen, aus welchem 1. der Name oder die Firma und der Ort der gewerblichen Niederlassung desjenigen, der die Ausbesserung dem Verbraucher gegenüber übernommen hat, 2. die Art der Ausbesserung und der dafür berechnete Preis in deutscher Währung, 3. der Monat und das Jahr, in denen die Ausbesserung ausgeführt werden ist, ersichtlich ist. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß unzureichende Betriebe, die dieser Ordnungvorschrift zuwiderhandeln, neben der angebrohten Bestrafung mit ihrer sofortigen Schließung zu rechnen haben.

Die Lübecker Delmilch A. S. (vormals G. E. A. Asmus) macht, wie so mancher industrielle Unternehmung, während des Krieges viel bessere Geschäfte als in früheren Friedenszeiten. Deren fand die Generalversammlung der Aktionäre statt, in welcher beschlossen wurde, eine Dividende von 10 Prozent zu verteilen. Vom Vorstande wurde betont, daß für die Verteilung des Gewinnes die Kriegsgewinnsteuer außerordentlich einschneidend sei, weil das Unternehmen in den letzten Friedensjahren infolge unglücklicher Zufälle keine oder nur geringe Erträge hatte. Die armen Aktionäre sind wirklich zu bedauern; sie müssen sich mit 10 Prozent begnügen, obwohl sie doch für ihre anstrengende Tätigkeit früher mehr verdient hätten! Vom Vorsitzenden wurde bemerkt, daß die Ausschüßen für das laufende Jahr nicht ungünstig seien. Durch das dem Werk übertragene Stellen von Laub werde ein angemessener Gewinn erzielt, jedoch auch auf eine befriedigende Dividende im nächsten Jahre gerechnet werden könne. Mitgeteilt wurde noch, daß der Vorstand gegen die Steuerbehörde die Klage wegen zu viel bezahlter Kriegsteuer erhoben habe. Nach einer Entscheidung des Kammergerichts liege der Ausgang des Prozesses für die Gesellschaft günstig, aber das Reichsgericht werde sich voraussichtlich noch mit der Sache zu befassen haben. Die Gesellschaft sei auch noch in eine Reihe weiterer Prozesse verwickelt.

* Einbruchdiebstahl. Am der Nacht zum 18. ds. Mts. sind aus einem Schaufenster eines Warenhandels in der Sandstraße 14 Damenhandtaschen, 3 Kinderstaschen, 6 kleine Lederbeutel und 10 leberne Geldbörsen mittels Einbruch gestohlen worden.

* Verschwundenes Boot. Seit Sonntag, dem 15. ds. Mts. fehlte auf dem 1. Fischerbuden ein grün angestrichenes Ruderboot. Das Boot ist am genannten Tage an 2 Personen vermietet und nicht zurückgebracht worden. Personen, die über den Verbleib des Bootes Auskunft geben können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

* Handel mit fremdem Gut. Festgenommen wurde ein hiesiger 22jähriger Arbeiter, der eine Fahre Willetts, die er abzuführen hatte, unterwegs andauernd für 240 Mark verkaufte.

Schwartzau-Rensfeld. Eine Parteiversammlung findet am Freitag abend im „Gasthof Transvaal“ statt. Wir weisen unsere Genossen und Genossinnen hiermit auf diese Versammlung hin, in der auch ein Mitglied des Zentralvorstandes anwesend sein wird. Wer etwas aus dem Herzen hat, der möge in dieser Versammlung erscheinen; hier bietet sich Gelegenheit zur Ausprache, die fruchtbringender wirkt, als wenn in den Betrieben oder bei sonstigen Anlässen über Mißstände geklagt wird, ohne daß man selbst mit Hand zur Bekämpfung derselben ansetzt. Wir erwarten also ein zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen.

Altona. Tödlicher Unfall auf dem Hauptbahnhof. Als Dienstag abend der Zug Altona-Berlin am Hauptbahnhof einfuhr, drängte sich die auf dem Bahnsteig stehende Ehefrau Stoth aus Flensburg, um schnell einzusteigen, an den Zug heran und geriet hierbei zwischen Trittbrett und Bahnsteig, wobei sie schwere innere und äußere Verletzungen und Quetschungen erlitt. Sie starb bald darauf.

Altona. Eierkammerci im großen. Vor dem Schöffengericht in Sonderburg hatten sich zwei in Altona nicht unbekannt Bürger wegen unerwarteter Eierskammerci Engros zu verantworten. Ein Gerichtsbericht schildert folgende faum glaubliche Eierskammerci: Die beiden „Geschäftsleiter“ Peter und Johann Mohr in Altona — es handelt sich um den bekannten Margarine-Mohr in Altona — sind vom Schöffengericht in Sonderburg zu je 600 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil sie in großen Mengen durch nicht zugelassene Händler im Kreis Sonderburg Eier gekamert und dieselben dann als „Butter“ nach Altona geschafft haben. Weil die Strafe zu niedrig ist, hat die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Anwesend ist bei der Verhandlung, die in Kiel stattfand, der Geschäftsführer Johann Mohr, welcher angibt, daß er nicht Inhaber der Firma sei, das sei vielmehr seine Schwiegertochter Martha Mohr. Besonders interessant ist, daß zur Sprache kam, die Firma eine Kriegsgesellschaft sei.

Winnsteuer von 400 000 Mark zu zahlen hat. Er führt ferner zu seiner Entschuldigung an, daß er zuerkant sei und Eber haben müsse, wobei allerdings auffällt, daß nicht weniger als 1350 Eier gehämert worden sind. Als Brutei ist natürlich kein einziges Ei verwandt worden. Der Staatsanwalt hielt eine ganz erhebliche Erhöhung der Strafe für angebracht und beantragte für jeden der beiden Angeklagten eine Geldstrafe von 5000 Mark. Das Gericht wies die Berufung zurück. Es bleibt also bei der Geldstrafe von je 600 Mark. — Na, diese Strafe können die zuerkanteten Kriegsgewinnler auch noch ertragen.

Riel. Die schlaue Pensionistin der Apothekerfrau. Die Pensionistin des Apothekers Triepel in Bad Bramstedt war ein ganz schönes Tier. Sie hatte die Zwangswirtschaft und die damit verbundene Abrechnungspflicht für die Kuhställe. Da nun ihr Besitzer, der Herr Apotheker, auch Milch von seiner Kuh abliefern sollte, erklärte sie sich mit ihrem Vorgesetzten solidarisch und freilich. Sie produzierte einfach nur noch so wenig Milch, daß ihr Besitzer, der pro Kopf und Tag 1/2 Liter verbrauchen durfte, nichts mehr zum Abliefern übrig behielt. Die schlaue Kuh lieferte die Milchproduktion so gewaltig ein, daß sie täglich nur 1/2 Liter Milch gab. Die Behörde wollte jedoch der Kuh das Streifen abgewöhnen und kam mit einem Strafmandat. Von der Kuh ist nun aber kein Geld zu holen, und so erhielt denn die Frau Apotheker das Strafmandat, weil man wohl annahm, daß sie die Hauskubikmeter an der ganzen Geschichte war. Die schlaue Kuh wollte nun aber der Frau Apotheker keine Ungelegenheiten bereiten. Sie gab von diesem Tage an täglich mehr Milch, und zwar 5 Liter pro Tag. Damit die Herrin aber nicht zuviel abzuliefern brauchte, schloß sie mit dem Melkmädchen einen Bund, daß dieses jedesmal gleich nach dem Melken mit dem vollen Milchimer Holpern und die Milch ausschütten sollte. So war denn wieder ein Grund gefunden, nicht zuviel Milch abzuliefern. Röße Junken behaupten allerdings, die ganze Geschichte sei erfunden, und der Apotheker und seine Frau hätten zuviel Milch verbraucht und wollen sich nur herausreden. Auch die Behörde wollte durchaus nicht daran glauben, daß eine gesunde Kuh täglich nur 1/2 Liter Milch gibt, und das Melkmädchen jeden Tag mit dem Melkimer Holpert. Die Frau Apotheker mußte deshalb vor der Strafkammer in Kiel erscheinen. Dort erzählte sie dieselbe Geschichte, jedoch sie fand auch hier keinen Glauben und muß nun 30 Mark Strafe zahlen wegen Beihilfe. Man gab ihr noch mit auf den Weg, daß der eigentliche Verantwortliche ihr Mann als Haushaltungsvorstand sei, und daß er, wenn er noch zur Verantwortung gezogen würde, eine weit höhere Strafe zu gewärtigen habe.

Für unsere Feldgrauen.

Die alten Jahrgänge in die Heimat!

Die Entlassung des Jahrganges 1870, um die man schon so viel gekämpft wurde, ist von der Militärverwaltung als für absehbare Zeit ausgeschloffen erklärt worden. Das ist bitter für Leute, die jetzt an der Schwelle des 49. Lebensjahres stehen und jetzt Jahren von Haus und Herd losgelöst sind. Der Reichstag hat nicht die Möglichkeit, die Entlassung des Jahrganges 1870 zu erzwingen; deshalb ist der Militärverwaltung jetzt von sozialdemokratischer Seite der Vorschlag gemacht worden, zunächst die Angehörigen des Jahrganges 1870 zeitlos in die Heimat zu versetzen und zwar in Teupenorten, die sich im Wohnort oder in der Nähe desselben befinden. Damit wären diese Leute zunächst einmal in der Nähe ihrer Familien. Durch öftere Beurlaubung könnte man ihnen dann Gelegenheit bieten am Wiederaufbau oder an der Festigung der eigenen Existenz zu arbeiten. Später könnte dann mit dem folgenden Jahrgang in der gleichen Weise verfahren werden. Bei einigem guten Willen ist es möglich, diesen Vorschlag in die Tat umzusetzen. Der Antwort der Militärverwaltung auf diesen Vorschlag darf man mit Interesse entgegensehen.

Die Zurückziehung der alten Leute.

Das Kriegsministerium hat über die Zurückziehung der alten Leute eine Reihe von Bestimmungen erlassen, die, auch wirklich durchgeführt, für Hunderttausende alter Landsturmlaute eine wesentliche Erleichterung bedeuten würden. So sollen Leute über

45 Jahre, die mindestens sechs Monate an der Front waren, aus der Feuerlinie herausgezogen werden. Darüber hinaus können Leute bis herab zu 42 Jahren, je nach der Zahl der Kinder, die sie zu ernähren haben, ebenfalls zurückgezogen werden. Diese Bestimmungen sind aber an sozial Voraussetzungen geknüpft, daß sie in Wirklichkeit doch nur von sehr problematischem Wert sind und den tatsächlichen Bedürfnissen auch nicht entfernt genügen. Eine der Voraussetzungen ist die Möglichkeit des Entzuges und gerade an dieser Voraussetzung scheitern eine Menge schöner Hoffnungen. Dann beziehen sich diese Bestimmungen nur auf die kämpfende Truppe, im übrigen noch auf Formationen, die dem feindlichen Feuer stark ausgesetzt sind. Es kommt vor, daß ein Mann seines Alters wegen aus der Feuerlinie herausgezogen und zu einem Armerungsbatallion veretzt wird. Diese Armerungstruppen arbeiten aber nicht unter dem feindlichen Feuer, und es gibt tote und Verwundete und schließlich ist der Mann infolge seiner Zurückziehung eigentlich vom Regen in die Traufe gekommen. Das Armerungstruppen an besonders gefährdeten Stellen verwendet werden müssen, ist nicht zu vermeiden, sie sind Soldaten und müssen dort zugreifen, wo man sie braucht. Gerade deshalb aber hat ein Zurückziehen aus der Feuerlinie nur dann einen Sinn, wenn der Mann mindestens in die Etappe veretzt werden kann. Eine Auslassung des Kriegsministeriums aus der letzten Zeit gibt auch ganz offen zu, daß von einer unbedingten Notwendigkeit der Durchführung der angezogenen Richtlinien keine Rede sein kann. In Wirklichkeit hängt es eben mehr oder weniger von dem guten Willen der Vorgesetzten ab, ob ein Mann zurückgezogen wird und selbst wenn das geschieht, dann ist er nicht länger davor, daß er mit einem der nächsten Erfahrtstransporte wieder an die Front geschickt wird. Möglich ist beim Militär natürlich alles, auch die zeitweilige oder dauernde Entlassung älterer Leute, oder alles hängt vom guten Willen ab, vielfach auch davon, wie es ein Mann versteht, sich bei seinen Vorgesetzten in ein günstiges Licht zu setzen. Eine wirkliche Befriedigung ist aber nur möglich, wenn dem Soldaten Rechte zugesprochen werden, auf die er sich stützen kann. Der Hinweis auf das Beschwerderecht ist völlig verfehlt. Der Soldat kann sich schließlich darüber beschweren, daß ihm ein ihm zustehendes Recht verweigert wird, aber niemals darüber, daß man es abgelehnt hat, ihn einer Vergünstigung teilhaftig werden zu lassen. Viel besser hätte man getan, den Weg zu betreten, den der Reichstag einstimmig gezeigt hat: Die Mannschaften bei Vollendung eines bestimmten Lebensalters zu entlassen. Ueber diese Frage dürfte es beim Wiederzusammentritt des Reichstages zu recht lebhaften Auseinandersetzungen kommen.

Löhnungszulage in Lazaretten.

Die beim Militär gewährten Zulagen werden im allgemeinen während des Aufenthaltes im Lazarett nicht bezahlt. Eine Ausnahme besteht hinsichtlich der neu eingeführten monatlichen Zulage von 9 resp. 6 Mk. Diese Zulage, als ein Teil der Löhnung, wird auch für die Dauer des Aufenthaltes im Lazarett bezahlt.

Belohnung für Ablieferung von Sprengladungen.

Die Marineverwaltung bezahlt von jetzt ab für die Ablieferung von Sprengladungen und Metallen aus angetriebenen deutschen und jehudischen Minen, Nebungstorpodos und deutschen japanischen Geschütztorpodos, sowie für das Bergen und Entschärfen derselben Belohnungen.

1. für Sprengladungen aus Schießbaumwolle oder sonstigem Sprengstoff pro Kilogramm 30 Pf.;
2. für Bronze pro Kilogramm 15 Pf.;
3. für Blei und Zink pro 10 Kilogramm 35 Pf.;
4. für Eisen pro 10 Kilogramm 2 Pf.

Sind am Finden, Bergen, Festlegen und Entschärfen verschiedene Mannschaften beteiligt, dann zerfällt die Belohnung in vier Teile: einen Teil erhalten die Mannschaften, welche die Mine hegen, den Torpedo gefunden und festgelegt haben; zwei Teile erhalten die Mannschaften, welche die Mine oder den Torpedo entschärft haben; einen Teil die Mannschaften, die den Abtransport ausführten. Für das Finden und Bergen eines feindlichen angetriebenen oder treibend angetroffenen scharfen Torpodos bis 45 Zentimeter Kaliber darf eine Belohnung von 300 Mk. bezahlt werden. Offiziere haben auf die Belohnungen oder einen Teil derselben keinen Anspruch.

Fürsorge für zurückgekehrte Kriegsgefangene.
Im Kriegsministerium ist eine besondere Abteilung geschaffen worden, der die Fürsorge für die zurückgekehrten Kriegsgefangenen übertragen wurde. Die Aufgabe der Abteilung ist, die Erledigung von Anträgen der aus der Kriegsgefangenschaft oder Internierung zurückgekehrten Heeresangehörigen oder deren Hinterbliebenen auf Erstattung von Schäden, die ihnen während der Gefangenenschaft oder Internierung entstanden sind, sowie von Geld und Gegenständen, die bei Ueberhebung durch die Post oder auf anderen Wegen in Verlust geraten sind.

Auf eine Anfrage des Abg. Stücker, ob den in Gefangenenschaft geratenen Soldaten, denen der Feind Uhren, Ringe usw. abgenommen hat, Ersatz geleistet wird und wer diesen Ersatz zu leisten verpflichtet ist, hat das Kriegsministerium geantwortet:

Soweit es sich um den Ersatz selbstbeschaffter Bekleidungs- und Ausstattungsstücke handelt, wobei Uhren zu den Ausstattungsgegenständen zu rechnen sind, werden Beihilfen zu der unbedingt erforderlichen Neuausstattung bewilligt. Die Anträge sind von den Verlustträgern an die Ersatz-Truppenteile zu richten.

Reichsmittel für den Ersatz sonstigen Eigentums, z. B. von Ringen, von Bargeld, stehen zurzeit leider nicht zur Verfügung. Es sind jedoch Schritte getan worden, Mittel für solche Zwecke flüssig zu machen.

Sind solche Verluste in russischer Kriegsgefangenschaft eingetreten und verhängt durch Angehörige der russischen Wehrmacht, so ist auf Grund des Friedensvertrages ein Geltendmachen gegenüber der russischen Regierung nicht möglich. Sind die Verluste jedoch z. B. auf Arbeit, durch Nichtangehörige der russischen Wehrmacht verschuldet, so kann der Betroffene Schadenersatz-Ansprüche anbringen, deren Verfolg dem Kriegsministerium obliegt.

Sind Verluste in sonstiger Kriegsgefangenschaft entstanden, so ist der feindliche Staat, in dessen Gefangenenschaft der Verlust eintrat, erstattungspflichtig. Die aus Kriegsgefangenschaft Zurückkehrenden haben diese Ansprüche im Quarantäne-lager anzumelden. Das Kriegsministerium veranlaßt sodann das Erforderliche wegen Geltendmachung dieser Ansprüche und der ihm selbst aus der Hergabe von Beihilfen zur Wiedererstattung selbstbeschaffter notwendiger Bekleidungs- und Ausstattungsstücke erwachsenen Kosten.

Neueste Nachrichten.

Die Antwort des Reichstanzlers

Berlin, 19. September. Auf die Eingabe des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften wegen der Frage der Lebensmittelversorgung hat der Reichstanzler geantwortet. Er sagt u. a.: Die Ernährungsfrage im abgelaufenen Wirtschaftsjahr ist im ganzen genommen unzweifelhaft besser gewesen als im vorhergehenden. Auch im neuen Wirtschaftsjahr wird sie sich nicht ungünstiger stellen. Die Annahme, daß die Herabsetzung der Protrate eine dauernde sein soll, trifft nicht zu. Durch Anordnung der Brotstreckung vom 1. Oktober ab wird die Möglichkeit gewährt, wiederum die vorjährige Brotmenge auszugeben. Dagegen kann dem Wunsche, die Kartoffelration zu erhöhen, zu meinem großen Bedauern jedenfalls zurzeit nicht entgegen zu werden. Schwierigkeiten in der Ernährung werden auch im kommenden Jahre nicht ganz vermieden werden können, sie werden aber wie bisher überwunden werden. Gegenüber allen Ungünstigkeiten und Entbehrungen darf die gesellige Tafel nicht vergessen werden, daß die Nahrungsergänzungspläne der Feinde dank den ergriffenen Maßnahmen gescheitert sind.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 16. bis 22. September 1918 wird Fleisch und Fleischwurst ausgegeben, und zwar muß auf jede Fleischsorte Fleisch und Fleischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Zuteilung ist jede Fleischkarte, die den Ausdruck „No Anteil“ trägt, mit 20 Gramm für Fleisch und 40 Gramm für Fleischwurst zu bewerten.

Lübeck, den 16. September 1918. (4499)

Das Polizeiamt.

Verkauf von Zwiebeln.

In der nächsten Zeit treffen Zwiebeln zur Verteilung an die Bevölkerung ein. Vom Sonnabend, dem 21. September ab kann für jede Person, welche im Besitze eines Lebensmittelbuches oder einer Lebensmittelkarte ist,

1/2 Pfund Zwiebeln zum Preise von Mt. —,30 für das Pfund bei allen von der Städtischen Obst- und Gemüsestelle belieferten Gemüsehändlungen gegen Abgabe des Lebensmittelbuches oder der Lebensmittelkarte entnommen werden.

Die Kleinhändler haben die Marken, auf Klebedogen aufgebracht, an den Großhändler sofort abzuliefern, der ihnen die Zwiebeln liefert hat.

Zwischenhandlungen werden auf Grund des § 17 der Bundesratsverordnung über die Einziehung von Verzehrungsgesittellen und die Verordnungsregelung vom 25. September 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu Mt. 1500 bestraft.

Lübeck, den 19. September 1918. (4501)

Städt. Obst- und Gemüsestelle.

Werkzeugmacher, Dreher und Fräser

werden dauernd eingestellt von

Flugzeugbau Friedrichshafen, G. m. b. H. Wert Warnemünde. (4491)

Frauen

welche den Schuttdienst bei den Luftzeugen haben, finden lohnende Arbeit.

Kriegshilfe, z. B. Schuttdienst

Königsstraße 19. (4492)

Ein Knecht bedarf... (4493)

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 18. September starb unser treues Mitglied

Anna Schwetsche.

Ghre ihrem Andenken!

Beerdigung Sonnabend,

den 21. September, nach-

mittags 3/4 Uhr, auf dem

Bornwexter Friedhof.

4500 Die Ortsverwaltung.

Gesucht für sofort eine

Kontoristin

die perfekt stenographieren und Maschinenschreiben kann.

Konsumverein f. Lübeck

u. Umgegend

Donnerstag 15h. (4502)

Wegen Geschäftserweiterung

die leere Gänge Engel-

straße Nr. 73 zu verkaufen.

Preis Mt. 1800.—, Anzahlung

Mt. 1000.—1200. Näheres abend-

nach 6 Uhr. (4495)

Engelstraße 85.

Zwei Kapothüte

zu verkaufen. (4494)

Mittelstr. 12, pt.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre

Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4, Koblmarkt 10.

Markt des Rab-Sparr. Lübeck.

Der behördlich genehmigte Mohr'sche

Fleischextrakt-Ersatz „Ohnsena“

gibt allen Speisen einen kräftigen Fleischgeschmack und ist deshalb an allen Fleischlokalen in jeder Familie unentbehrlich. Dosen 1/2 Pfund netto Mt. 5.25, 1/2 Pfund Mt. 2.90, 1/4 Pfund Mt. 1.60. „Ohnsena“ ist unbeschränkt haltbar und in den meisten Geschäften der Lebensmittelbranche käuflich. (4497)

Ia. Brenntorf ohne Marken

Kleingemachtes Brennholz

Ofenfertig, zu billigsten Tagespreisen. (4490)

Johs. Mustin

Ferrun 2740. Friedensstr. 78. Lager: Warendorffstr. 22.



Blotwagen, Leiter- u. Wirtschaftswagen, extra stark,

bis 8 Ztr. Tragf., gr. Ausw., bill. Preise.

C. Bliessath Wwe., Inhaber (4487)

Carl Landwehr.

Drucksachen aller Art

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Die Meggendorfer Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

Vierteljährl. 13 Nrn. nur Mt. 3.50, bei direkt. Zusendg. wöchentl. vom Verlag Mt. 3.75, durch ein Postamt Mt. 3.60.

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur 60 Pfennig kostet. Gegen weitere 20 Pfennig für Porto auch direkt vom Verlag, München, Pernerstrasse 5 zu beziehen.

Bildarbeiten

Einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandl.,

Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2908.

Feldpostkartenbriefe

sind vorräthig.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Sozialdemokratischer Verein

Schwartz-Rensfeld.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, d. 23. September

abends 8 Uhr

im Lokale des Herrn W. Hilprecht

(Gasthof Transvaal).

Das Erscheinen der Genossen

und Genossinnen ist dringend er-

wünscht. (4493)

Der Vorstand.

Rensfeld.

Sonntag, den 22. September 1918

Unterhaltungsabend

vom Klub „Rheingold“ Lübeck

im Saale d. Hrn. Gastwirt Süke.

Theateraufführungen,

Humoristische Vorträge,

Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 60 Pf.

Nachmittags 3 Uhr

Gr. Kindervorstellung.

Eintritt 30 Pf.

Es ladet freundlich ein

(4486) Der Vorstand.

Hansa-Theater

Donnerstag und Freitag:

Schwarzwaldmädel.

Sonabend: (4492)

Zum ersten Male:

Der lachende Ehemann.

Operette v. Edmund Eißler.

Bei einem alten Programme geblieben sei und niemals aufgehört habe, die Notwendigkeit einer neuen und besseren Organisation der Welt zu predigen:

„Im Gegensatz zu unseren Enthusiasten hat Wilson nie aufgehört zu versichern, daß alle Völker, welche es auch seien, in dem gerechten Frieden, den er schaffen wolle, ihre politische Unabhängigkeit, ihre territoriale Unverletzlichkeit und ihre Teilnahme an den wirtschaftlichen Verträgen bewahren würden, ohne die seine Nation leben kann. Er hat wiederholt feierlich erklärt, daß der künftige Frieden ein endgültiger Frieden sein müsse. Und die erste von ihm aufgestellte Bedingung lautet, daß kein Land auf dem Schlachtfelde vernichtet werde und dem Geist der Revanche verfallt.“

Was Cochon sagt, ist weniger für die Situation der französischen Sozialisten, als für die Wirkungen der Wilsonschen Politik bezeichnend. Möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, daß der amerikanische Präsident gutgläubig dem Frieden dienen wollte. In Wahrheit aber hat er alle Kriegseigenschaften so aufgepeitscht, daß die Ausbrüche der Kriegshysterie in den Vereinigten Staaten von den schlimmsten Imperialisten Frankreichs und Englands als Argumente gegen die Pazifisten ausgespielt werden. Es ist damit wieder einmal bewiesen, daß der Krieg ein ungeeignetes Mittel zur Bereitung des ewigen Friedens ist.

Die Arbeitslosigkeit im zweiten Vierteljahr 1918.

Die vom Reichsstatistikamt veranstalteten Erhebungen über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden haben für das zweite Vierteljahr 1918 keine Veränderung der Lage des Arbeitsmarktes nachgewiesen. Die Arbeitslosigkeit hat nach wie vor einen so niedrigen Stand, wie er seit Beginn der Erhebungen im Jahre 1903 nicht mehr erreicht worden ist.

In allen drei Stichtagen waren nur 0,8 Prozent der von den Erhebungen erfaßten Arbeiter arbeitslos, während das vorhergehende Vierteljahr mit einem Prozentsatz von 0,9 abgeschlossen hatte. Auch gegenüber dem Vorjahre hat keine Verschlechterung, sondern sogar noch eine Verbesserung stattgefunden.

Es waren diesmal an der Erhebung 37 Verbände mit 218 699 von der Berücksichtigung erfaßten Mitgliedern beteiligt. Wir gehen in nachstehendem eine Uebersicht über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Laufe der letzten 10 Jahre:

Ende	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Januar	4,2	4,2	2,6	2,9	3,2	4,7	6,5	2,6	1,7	0,9
Februar	4,1	2,3	2,2	2,6	2,9	3,7	5,1	2,8	1,6	0,8
März	3,5	1,8	1,9	1,6	2,3	2,8	3,3	2,1	1,3	0,9
April	2,9	1,8	1,8	1,7	2,3	2,8	2,9	2,3	1,0	0,8
Mai	2,8	2,0	1,6	1,9	2,5	2,8	2,9	2,5	1,0	0,8
Juni	2,8	2,0	1,6	1,7	2,7	2,5	2,5	2,5	0,9	0,8
Juli	2,5	1,9	1,6	1,8	2,9	2,9	2,7	2,4	0,8	
August	2,3	1,7	1,8	1,7	2,8	2,2	2,6	2,2	0,8	
September	2,1	1,8	1,7	1,5	2,7	1,7	2,6	2,1	0,8	
Oktober	2,0	1,6	1,5	1,7	2,8	1,9	2,5	2,0	0,7	
November	2,0	1,6	1,7	1,8	3,1	2,2	2,5	1,7	0,7	
Dezember	2,6	2,1	2,4	2,8	4,8	7,2	2,6	1,6	0,9	

Den höchsten Prozentsatz an Arbeitslosen weisen nach wie vor die Hut- und Filzwarenarbeiter mit 11,9 Prozent auf. In weitem Abstande folgen die Textilarbeiter mit 4,6, die Tabakarbeiter mit 3,7, die Porzellanarbeiter mit 3,2 und die Lederarbeiter mit 2,8 Prozent Arbeitslosen. Ueberhaupt keine Arbeitslosen zählten die Kürschner, die christliche Keramik- und Steinarbeiter, der christliche Gutenberg-Bund, die Friseurgehilfen, die Hirsch-Dunderschen Töpfer und Ziegler und die H. D. Schneider.

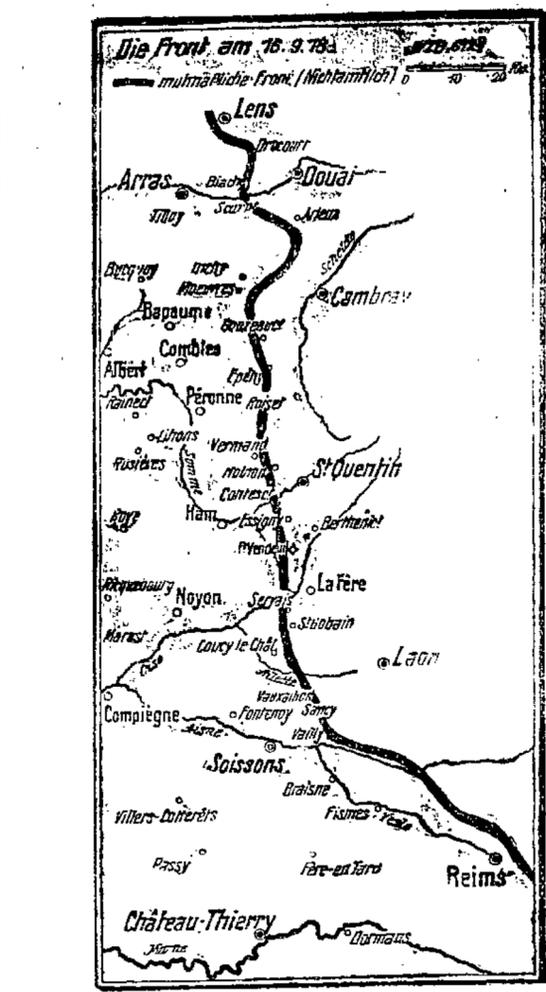
Fast man die einzelnen Verbände nach Gewerbegruppen zusammen, so ergibt sich der höchste Prozentsatz an Arbeitslosen am Vierteljahrschluß für das Bekleidungsgerwebe mit 28,1 Prozent (im Vorjahre nur 23,9 Prozent). Die Textilindustrie hatte gleichfalls gegenüber dem Vorjahre eine erhöhte Arbeitslosigkeit, nämlich 4,6 gegen 4,1 Prozent, während alle übrigen Gewerbegruppen einen Rückgang oder höchstens ein Gleichbleiben der Ziffern aufwiesen. In nächster Stelle steht das Nahrungsmittelgewerbe mit 2,3 Prozent, es folgt sodann die Industrie der Steine und Erden mit 1,4 und die Papierindustrie mit 1,1 Prozent. Nur 0,1 Prozent Arbeitslose wies die Gruppe Maschinenbau und Metallverwertung auf, ebenso das Verkehrsgewerbe, während das Holz- und Schnitzstoffgewerbe 0,6 Prozent Arbeitslose am Vierteljahrschluß hat.

Lebensläufe geht aus den hier veröffentlichten Ziffern hervor, daß von einem weitgehenden Arbeitsmangel, der zur massenhaften Entlassung von Arbeitskräften führen könnte, vorläufig noch keine Rede sein kann. Auch die nächste Zukunft dürfte in diesen Verhältnissen noch keine Veränderung bringen.

Ernährungsfragen.

Wissenschaftliche Untersuchung der Dresdener Arbeiterkammer.

Die sozialdemokratische Parteileitung und der Vorstand des Gemeindefachvereins zu Dresden hatten für Sonnabend nachmittag die Dresdener Bevölkerung um Protest gegen die unhaltbar



gewordenen Ernährungsverhältnisse aufgegeben. In dichten Scharen strömten Arbeiterinnen und Arbeiter in der zweiten und dritten Nachmittagsstunde nach dem ausgedehnten Schützenplatz. Um 3 Uhr standen die Massen auf dem großen Plage und seinen Zufahrtstraßen, besonders in der Rügenbergstraße, Kopf an Kopf. In die 20 000 Menschen machten zusammengekrümmt sein, um ihrer Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Stande der Kriegsernährung kraftvollen Ausdruck zu geben und die Berücksichtigung ihrer Forderung auf tatkräftige Erhaltung und gleichmäßige Verteilung aller verfügbaren Nahrungsmittel nachdrücklich zu fordern. Von drei an der einen Langseite des Schützenplatzes errichteten Tribünen begannen um 3 1/2 Uhr die beiden Vertreter Dresdens im Reichstage, die Genossen Gradnauer und Bud, und der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landespartei, Genosse Sinder, in n. n. ihre Ansprachen, in denen sie die Zustände im Ernährungs- wesen und die jämmerliche Behandlung Sachsens bei der Lebensmittelverteilung scharf, aber scharf kritisierten und die Forderungen des Volkes zur Besserung der Ernährungsverhältnisse geltend machten. Die Ansprachen wurden oft von lauter Zustimmung unterbrochen und mit stürmischem Beifall aufgenommen. Um 4 1/2 Uhr unterbreiteten die Verammlungsleiter eine Entschädigung, in der u. a. eine Erhöhung der Brotration auf mindestens 4 Pfund ohne Streudung und der Kartoffelration auf 10 Pfund pro Kopf und Woche verlangt wurden. Des weitern wendete sich die Entschädigung scharf gegen die Sondervorrechte für Selbstver- sörger und die bisher statigefundene Sonderbefreiung an Kur- und Badeorte usw. Am Schluß der Resolution heißt es: „An- gesichts des Ernstes der Situation rufen die Verammelten daher den Reichsbehörden zu: Erfüllet eure Pflicht gegenüber den an Unterernährung leidenden Schichten des Volkes, ehe diese gesund- heitlich vollständig zugrunde gehen!“ Ein Wald von Händen erhob sich bei der Abstimmung als Gelobnis, den Forderungen durch die Förderung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und der Parteipresse mit allem Nachdruck Geltung zu verschaffen. Die Entschädigung wird durch eine Unordnung der Dresdener Ar- beiterkammer im Kriegsernährungsamt in Berlin verzerrt werden. Die wuchtige Kundgebung wird ihren Eindruck auf die verant- wortlichen Stellen nicht verfehlen.

Gegen die Ausdehnung der fleischlosen Wochen

hat der Münchener Magistrat einstimmig Stellung genom- men. Er erlucht die bayerische Regierung, sich einer vom Kriegs- ernährungsamt beabsichtigten Ausdehnung der fleischlosen Wochen auf das entschiedenste zu widersetzen.

Heiteres

Berliner Stellungstämpfe.

„Schuhmann, da hat sich einer vorstellt!“
„Der wer'n wa gleich abstell'n? Sie da! Hinten anstellt!“
„Ja, aka — id maß mi doch vorstell'n!“
„Vorstell'n is nich, Männelken; — imma hinten anstellt!“
„Kann! Ja wer' doch hier anstellt!“
„War, war, hier anstellt!?! — Hinten anstell'n, Sie Die- kopp!“
„Ach, Totte doch, stell'n Se Jhn' man nich gleich so an, als id Wunda wat anstellt hätte!“
„Gena mi, der andel! Hier in alle anstellt!“
„Der id nich laage! Der wärn aka dastucht velle Anstellt! Vorstell'n is id janz alleine an Stelle von Bel alle Festelle von Jeshillen anstellt! Wern, wiften Se, der mo jich hat stellen müssen!“
„Ach so-o, — Sie in bestellt!“
„Na na jawoll doch!“
„Der konnten Se man gleich sagen. Denn brauchen Se Jhn' och nich anstell'n. Imma jehn Se! Hoffentlich wern Se an- gestellt!“
„Gutler Erfolg. In welcher Buchhandlung bekomme ich denn ihre Gedichte?“ — „Buchhandlung? Lächerlich! Höchstens noch im Schäferhandel!“
„Sein Buchhandlung.“ — „Und haben Sie mich wiedererkannt, Gnädige?“ — „Auf den ersten Blick! Und zwar an Ihrer Kra- watte... Das war doch früher eine Bluse von Ihrer Frau!“
In einer Mädchenklasse der Mittelschule fragt die Lehrerin während der sechsten Unterrichtsstunde, welches die schönste Jahreszeit sei. Anna antwortet: „Der Frühling.“ Als die Leh- rerin fragt, warum, antwortet sie treuerherzig: „Von wegen die Jeugle.“

Soziales.

Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung für die Ueber- gangswirtschaft hat der Magistrat zu Frankfurt a. M. beschloffen. Erwerbslosenunterstützung nach festen Sätzen erhalten demnach fol- gende unselbständige, voll- oder teilweiserweise gewerbliche Personen, die durch Arbeitslosigkeit unterhaltungsbedürftig geworden sind: 1. alle männlichen Personen über 16 Jahre, soweit sie in Frank- furt a. M. seit mindestens 26 Wochen wohnen oder soweit sie bereits bis zum 1. August 1914 in Frankfurt a. M. wohnen und nicht nur vorübergehend beschäftigt waren; 2. weibliche Personen über 16 Jahre, welche völlig allein stehen oder Haushaltungs- vorstand oder dauernde Ernährer von Ehemann, Eltern, Groß- eltern oder Geschwistern sind oder schon vor Ausbruch des Krie- ges voll- oder teilweiserweise gewerblich tätig waren, soweit sie in Frank- furt a. M. seit mindestens 26 Wochen wohnen und lediglich wegen kriegswirt- schaftlicher Tätigkeit nach Frankfurt a. M. gezogen sind. Die Un- terstützung beträgt für völlig erwerbslose Personen täglich für den Haushaltungsvorstand 3 Mk., für Personen über 21 Jahre, mit eigenem Haushalt oder bei fremden Leuten wohnend 2,75 Mk., bei Familienangehörigen wohnend 2 Mk., für jedes Kind unter 16 Jahren ohne eigenen Verdienst 50 Pf., und für jedes Kind über 16 Jahre und sonstige Familienangehörige, die zu unterhal- ten sind, 1 Mk. Außerdem wird die freiwillige Krankenversiche- rung in der dritten Lohnklasse übernommen. Feststehende Ein- nahmen aus anderen Quellen werden auf diese Sätze angerechnet, Erwerbslosenunterstützungen von Berufsvereinen jedoch nur zur Hälfte. Der Magistrat ist ermächtigt, die Unterhaltungsätze je nach der Verhältnisse der Erwerbslosigkeit festzusetzen. Die Unterstützung soll im Einzelfalle sechs Monate regelmäßig nicht übersteigen. Voraussetzung für die Gewährung der Erwerbs- losenunterstützung, die nicht als Armenunterstützung gilt, ist, daß die Arbeitslosigkeit weder durch Erwerbsunfähigkeit noch durch grobes Verschulden oder durch Streiks und Aussperrung verur- sacht ist, und daß der Arbeitslose keine laufende Armenunter- stützung bezieht.

Aus dem Gerichtssaal.

Gefängnisstrafe für verbotenes Rauchen. Der 18 Jahre alte Schüler Kurt D r o c h n e r aus Radebeulchen, Kreis Niederung, wurde von dem außerordentlichen Kriegsgericht in Tilsit zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, weil er in der Nähe von Gebäuden geraucht und mit Streichholz zern handiert hatte.

Der Rechtsanwalt als Expresseur. Der Rechtsanwalt M. in Zwickau bezog längere Zeit von einer Gutsbesitzerin in Crossen Butter ohne Marken und unter Ueberschreitung der Höchstpreise. Um die Bäuerin auch weiter zur Abgabe von Butter an ihn zu bestimmen, und da ihm bekannt war, daß sie bereits Butter auch an andere abgegeben hatte, drohte er, wenn ihm die Butter verweigert würde, mit Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Durch diese Drohung bestimmte er auch die Bäuerin, ihm weiter Butter abzulassen. Am 5. April war er das letzte Mal wegen Kauf von Butter erschienen, von der Bäuerin jedoch abge- wiesen worden. Hierauf erstattete er am 9. April beim Kriegs- wucherrichte in Dresden Anzeige gegen sein Wohlthäterin wegen Schleichhandels mit Butter und Zucker und Schinken. Vom Schöffengericht Zwickau wurde der seine Her Rechtsanwalt wegen des unbefugten Butterbezuges und Höchstpreisüberschreitung zu 50 Mark Geldstrafe und wegen der verübten Erpressung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Beim Experimentieren tödlich verunglückt. Beim Experi- mentieren wurde der frühere Gasanfallsdirektor Jahn in dem Billenort Köpchenbroda bei Dresden getötet. Er beschäftigte sich viel mit Erfindungen aller Art.

Verhaftung von Unabhängigen. In Chemnitz sind die Unabhängigen H e d e r t und G u b i s c h verhaftet worden. Ueber die Gründe ist bis jetzt noch nichts bekannt. Eine ebenfalls in Haft genommene Frau ist wieder freigelassen worden. Hedert war der unabhängige Kandidat bei der letzten Reichstagswahl im Kreise Zwickau-Krimmlitz.

Das geheimnisvolle Verschwinden eines Nachtwächters vom Gute Schwante bei Kremenzen beschäftigt die Berliner Kriminal- polizei. In Kremenzen drangen in der Nacht zum Sonntag Ein- brecher in das Grundstück des Bäckermeisters Spangenberg ein, schlachteten ein Schaf und nahmen dieses um 22 Uhr aus dem Backraum mit. Seitdem ist der Nachtwächter F i s c h e l vom Gute Schwante spurlos verschwunden. Es wird ange- nommen, daß er die Einbrecher, als sie ihre Beute in Sicherheit bringen wollten, überfallen hat und mit ihnen in einen Kampf verwickelt worden ist.

Verhängnisvoller Irrtum. Der 18jährige Oekonomenschu- ler Hermann von Uterkinga u stürzte nachts bei der Rück- kehr von einem Ausfluge vom Fahrrad, verletzte sich schwer und suchte Hilfe in einem Anwesen in nächster Nähe. Der Anwesen- besitzer glaubte, daß Diebe einbrechen wollten und gab einen Schuß ab, der Hermann tödlich verletzte.

Selbstmörderischer Mord. Zwei Damen sitzen zusammen im Eisenbahnwaggon. Die eine öffnet das Fenster, aber die andere erhebt lauten Einspruch, indem sie geltend macht, durch den ent- stehenden Luftzug werde sie sich den Tod holen. Die erste erklart wieder, der Schlag werde sie wärmen, falls das Fenster nicht offen sei. Unterdes ist der Zugführer hinzugekommen. Er erweist sich als wahrer Salomo, indem er entlockt: „Jetzt machen wir erst einmal das Fenster auf, dann sterben Sie, und dann ich Lie- ben wir es, und dann sterben Sie und dann haben wir endlich Ruhe.“

Ein Grund zum Theaterbesuch. Es wird den Theaterdirek- toren heute fast merkwürdig vorkommen, daß es eine Zeit gegeben haben soll, in der man sich große Mühe geben mußte, die Leute ins Theater zu laden. Und noch eigenartiger wird ihnen der Grund erscheinen, den ein Kollege in Leipzig vor 90 Jahren dem hochver- ehrten Publikum für die Dringlichkeit seiner Einladung gab. Im Jahre 1829 erschien in der „Leipziger Zeitung“ folgende An- zeige: „Heute wird im hiesigen Theater das Ritterstückspiel „Fried- bold“ aufgeführt. Die Einnahme dieser Vorstellung ist ausschließ- lich zu meiner Befreiung aus dem Schuldarlehn, in dem ich nun schon vier Wochen sitze, bestimmt. Mit tiefgefühltem, lebensläng- lichem Danke erlaube ich es gewiß, wenn der bekannte Wildtätig- keitsklub des hiesigen hochverehrten Publikums mich bei diesem löblichen Zweck zahlreich unterstützen wird. Bestmann, Direktor des Theaters in Leipzig.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Albed.

Gelesene Nummern des „Volksboten“ bitten wir nicht wegzuworfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Druckmaschinen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Volksboten“, Johannisstr. 46.

Kleines Feuilleton

Jasnaja Poljana, wie es jetzt ist.

Was ist aus Lohjais Gut Jasnaja Poljana geworden? Wie hat es die Stürme der Revolution überlebt? Allerlei Gerüchte behaupten, es sei vernichtet worden, wie so viele andere Güter. Das ist jedoch nicht der Fall. Ein Mitarbeiter der Pariser „Illustration“ bezeugt dies aus eigener Anschauung. Als er die lange wohlgepflegte Straße entlangfuhr, die zu Lohjais Gut führt, sah er sogleich die beiden Ziegeleinstürme vor sich, die mit ihrem Weiß der Plätze und dem Grün der Bledschäfer den Eingang zum Park bezeichnen. Er trat ein und befand sich nun in einer wahren Oase, wie er sich ausdrückt. Alle Beschäftigten im Gouvernement Luka sind gelindert oder gelindert worden; alle in Jasnaja Poljana steht unberührt da, geschützt durch die Erinnerung an den großen Frieden der Bauern, der hier gelebt hat. Der Franzose wurde von Lohjais Tochter Ladjana Sufkajna empfangen. Frau Sufkajna hat vor der Revolution stehen müssen; ihre Stellung köstlich im Bezirk Kowalew in vollkommen gelindert worden, und die Bauern haben das Land unter sich aufgeteilt.

Die Wohngebäude von Jasnaja Poljana sind der Franzose vollkommen unversehrt, so das kleine weiße Haus, in dem Lohjais noch mehr als ein halbes Jahrhundert eine Schule für die Kinder einrichtete und auch das große Wohnhaus. Unberührt steht dort die Büchereianstalt, deren 17 000 Bände mehrere Räume einnehmen; wie zu Lohjais Zeiten steht kein Arbeitszimmer aus. Die Hanna Lohjai, die ständig in Jasnaja Poljana lebt, beschäftigt sich viel damit, Lohjais Briefe in Scharfzettelungen- schrift zu übertragen. In Jasnaja Poljana steht er zwar der Franzose, unmittelbar nach der Märzrevolution hätte die Gräfin Lohjai von Scharfzettelungen hören müssen, es sei schade, daß Lohjai den Anstieg der Freiheit nicht miterlebt habe; jetzt freilich redet man hier von und von der Revolution überhaupt in Jasnaja Poljana gar nicht mehr. Auf der Fahrt dorthin lernte der Fran- zose Lohjais kennen, Lohjais alten Sekretär und Liebling. Lohjais erklärte auf Befragen, wenn er die Zeit, in der er zu leben hätte, wählen dürfte, würde keine Wahl auf die Gegenwart fallen. Er behauptete, zwischen der russischen Intelligenz und den eigentlichen ruhigen Volk habe ein tiefer Abgrund. Es